

Die soziale Frage in Tunesien: sozioökonomische Proteste und politische Demokratisierung nach 2011

Vatthauer, Jan-Philipp; Weipert-Fenner, Irene

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Vatthauer, J.-P., & Weipert-Fenner, I. (2017). *Die soziale Frage in Tunesien: sozioökonomische Proteste und politische Demokratisierung nach 2011*. (HSFK-Report, 3/2017). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-51865-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report Nr. 3/2017

Die soziale Frage in Tunesien

Sozioökonomische Proteste und
politische Demokratisierung nach 2011

Jan-Philipp Vathauer/Irene Weipert-Fenner

© Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse der Autoren:

HSFK · Baseler Straße 27–31 · D-60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 95 91 04-0 · Fax: +49 69 55 84 81

E-Mail: vatthauer@hsfk.de · weipert-fenner@hsfk.de · Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-946459-15-6

6 €

Zusammenfassung

Während die Massenproteste 2010/2011 in Tunesien die Einführung eines demokratischen Regierungssystems nach sich zogen, wurden zentrale Forderungen der Revolution nach Arbeit und Verbesserung der Lebensbedingungen bisher kaum erfüllt. Die Unzufriedenheit über die ökonomische Lage des Landes wächst seit 2011 stetig an, und auch der Blick in die Zukunft fällt in der tunesischen Bevölkerung pessimistisch aus. Seit 2015 entlädt sich diese Frustration wieder in größeren Protestwellen, die gesamte Regionen und zum Teil auch landesweit das Leben erschüttern. 2016 fanden sogar mehr Proteste statt als im Revolutionsjahr 2011.

Dieser Report analysiert die Entwicklung sozioökonomischer Proteste quantitativ und qualitativ, um deren weitreichende Bedeutung für die politische Stabilität Tunesiens zu verstehen und mögliche Auswege aus der drohenden Eskalationsspirale zu finden. Denn obgleich ein erneuter Regimeumsturz nicht bevorsteht, ist die Gefahr der Destabilisierung und Delegitimierung der neuen Ordnung durchaus gegeben. So zeigt die Auswertung von Konfliktdaten drei besorgniserregende Entwicklungstendenzen: Neben dem starken Anstieg von Protesten seit 2015 kam es zu einer zunehmenden Fragmentierung und Entpolitisierung der Proteste. Statt um Protestbündnisse in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Parteien handelte es sich bei den Protestierenden immer stärker um nicht vernetzte, unorganisierte Akteure. Zur wichtigsten Protestgruppe wurden Erwerbslose, die ihren persönlichen Einstieg in den Arbeitsmarkt (genauer in den öffentlichen Sektor) forderten. Hinzu kam eine sich verstärkende geografische Konzentration: sozioökonomische Proteste fanden mehrheitlich in den marginalisierten Regionen im tunesischen Hinterland statt. Schließlich lässt sich eine Entwicklung hin zu disruptiven Protesttaktiken wie die Blockade von Straßen und Eisenbahnlinien feststellen.

Um diese Entwicklungen besser zu verstehen, präsentiert der Report die Ergebnisse einer für diese Proteste exemplarischen Fallstudie aus der Phosphatminenregion Gafsa. Hieraus wird klar, dass die Fragmentierung und Entpolitisierung das Resultat eines jahrzehntelangen Wechselspiels von Politik und lokalen Protesten ist. Seitdem das staatliche Minenunternehmen CPG, der größte Arbeitgeber der Region, ab den 1970er Jahren angehalten war, Arbeitskräfte und Wohlfahrtsleistungen zu reduzieren, wurde es für Schulabgänger und Hochschulabsolventen in der Region immer schwieriger, in den Arbeitsmarkt einzutreten. Über viele Jahre warteten sie auf den Einstieg in formale, sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse und blieben im soziologischen Sinne „jung“, abhängig von der Familie, wartend auf den Übergang von Adoleszenz zum Erwachsensein. Den Ausweg aus dieser Lage sehen die Protestakteure bis heute allein in der Einstellung bei der CPG. Die im kollektiven Gedächtnis fest verankerte „goldene Zeit“ vor den Reformen prallt mit einer Armut zusammen, die angesichts des Reichtums an natürlichen Ressourcen sowie im Vergleich zu den relativ hoch entwickelten Küstenregionen als extrem ungerecht empfunden wird. Als einzig verfügbares Druckmittel, um Arbeitsplätze zu erhalten, werden Proteste gesehen. Die Regierungen seit dem Sturz Ben Alis haben diese Logik des Protests bis heute mit befördert, indem sie selektiv Jobs an Protestierende vergeben haben, nicht nach Qualifikation oder benötigten Arbeitskräften, sondern allein zur Beruhigung der Proteste.

Weitergehende Forderungen (wie etwa nach regionalen Entwicklungsprogrammen) wurden in der Diktatur blutig unterdrückt, heute werden diese eher ignoriert oder mit Versprechungen abgespeist.

Dies hat dazu geführt, dass Arbeitslose sich in immer kleineren Gruppen zusammenschließen und Arbeit für sich persönlich fordern. Proteste verstetigten sich und bildeten eine Grundmobilisierung auf niedrigem Niveau, die jedoch beim kleinsten Auslöser, wie einer ungerecht empfundenen Jobvergabe, zu regionalen oder sogar nationalen Protestwellen führen kann. Auf diese Proteste haben weder politische noch zivilgesellschaftliche Akteure einen Einfluss, nicht einmal die Organisationen, die vor der Revolution noch mit unorganisierten Arbeitslosen kooperierten. Dies war zum einen die Union arbeitsloser Hochschulabsolventen (UDC), die einzige landesweit aktive Arbeitslosenorganisation. Sie fordert auf nationaler Ebene Reformen am Bildungssystem und kritisiert die fehlende politische Strategie zur Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze sowie korrupte und intransparente Einstellungsverfahren für den öffentlichen Dienst. Auf lokaler Ebene hingegen zeigen sich ähnliche Protestlogiken wie bei den unorganisierten Arbeitslosenprotesten. Dies führt zu vielen kleinen Aktionen statt der Bündelung der Kräfte. Die nationale Führung wiederum versucht für lokale Proteste öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen, was die von Natur aus ressourcenarme Arbeitslosenvertretung weiter schwächt. Aufgrund dieser Schwäche lehnen viele unorganisierte Arbeitslose die UDC als Partner ab. Zudem wird die UDC als „politisiert“ wahrgenommen und ihr Klientelpolitik unterstellt. In der Tat ist die UDC eindeutig dem linken Lager zuzurechnen, lehnt aber selbst jegliche klare Assoziierung mit politischen Parteien ab.

Auch der stärkste zivilgesellschaftliche Akteur, der potenziell zwischen Arbeitslosen und Politik vermitteln könnte, der Gewerkschaftsdachverband UGTT, erfüllt diese Aufgabe nicht. Auch hier zeigt sich auf lokaler Ebene eine andere Dynamik als auf regionaler und nationaler Ebene. Vor Ort solidarisieren sich Gewerkschafter mit den Arbeitslosen, mit deren Ausweglosigkeit sie mitfühlen und deren dauerhafte und disruptive Proteste sie als deren einzig verfügbare Ressource als legitim erachten. Anders auf regionaler und nationaler Ebene: Neben der allgemeinen Anerkennung des Grundproblems der hohen Jugendarbeitslosigkeit stehen sie den unorganisierten Arbeitslosenprotesten kritisch gegenüber, zumal die Blockade von Straßen und Eisenbahnlinien auch Unternehmen in ihrer Produktion behindert und damit negative Auswirkungen auf Arbeiter hat. Gleichzeitig bietet die UGTT aber auch keine klaren wirtschaftspolitischen Ziele an, die für die Arbeitslosen Lösungen versprechen würden. Die innere Heterogenität der UGTT, die nach der Revolution noch einmal zugenommen hat, scheint dies ebenso zu erschweren, wie das prinzipiell kooperative Verhältnis der UGTT zu den bisherigen Regierungen, um ihren politischen Einfluss zu wahren. Die Arbeitslosenaktivisten, in der UDC organisierte und unorganisierte, sehen hier einen Interessenkonflikt der UGTT, der sie nicht als glaubwürdige Vermittlerin zulässt.

Ein wichtiger Schritt in Richtung des sozialen Friedens wäre, die massive Unzufriedenheit in inklusive Dialogprozesse umzulenken, wie es sie in Tunesien zu anderen Themen gab. Fragen nach der Rolle des Staates in der Wirtschaft und nach Möglichkeiten der regionalen Entwicklung müssten auch unter Einbeziehung der protestierenden Arbeitslosen und

Vertretern marginalisierter Regionen diskutiert werden. Dies könnte unterstützt werden durch den Einsatz von Ressourcen zur Subventionierung von Arbeitsplätzen in sinnvollen Bereichen, wie etwa in der Verbesserung der mangelhaften Infrastruktur, statt Jobs wie bisher aus der Logik der Protestberuhigung oder der Versorgung der eigenen Anhänger- oder Verwandtschaft heraus zu kreieren. Außerdem könnten institutionelle Reformen bei den Einstellungsverfahren die weiterhin verbreitete Korruption und klientelistische Netzwerke bekämpfen und Proteste gegen intransparente Rekrutierungen reduzieren.

Damit die sozioökonomische Unzufriedenheit die tunesische Demokratie nicht dauerhaft gefährdet, sind viele Reformen nötig. Dabei darf die schlechte Wirtschaftslage nicht weiter als Entschuldigung genutzt werden, sozioökonomische Forderungen hintan zu stellen, da bereits – relativ kostengünstige – inklusive Entscheidungsprozesse sowie Transparenz und Regelkonformität bei der Vergabe begrenzter Ressourcen einen Beitrag zum sozialen Frieden darstellen.

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Wirtschaft und Soziales in Tunesien: Kontinuität in Zeiten politischen Wandels	3
3.	Die Entwicklung sozioökonomischer Proteste nach 2011	9
4.	Arbeitslosenproteste im Hinterland: Zunehmende Mobilisierung und Fragmentierung	16
4.1	Die soziale Bedeutung von Arbeitslosigkeit am Beispiel Gafsa	17
4.2	Protestformen, Mobilisierungsnetzwerke und das Wechselspiel mit der Politik	20
5.	Zivilgesellschaftliche Akteure: Wer kann die Proteste beruhigen?	23
5.1	Zu schwach, zu „politisiert“: die Union arbeitsloser Hochschulabsolventen	24
5.2	Die UGTT und Arbeitslosenproteste: die ambivalente Rolle des Gewerkschaftsdachverbands	28
6.	Ergebnisse und mögliche Auswege	33
	Literatur	39

1. Einleitung¹

Tunesien ist das einzige Land in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, das nach Massenprotesten 2011 ein demokratisches Regierungssystem etablieren konnte, und gilt als großer Hoffnungsträger für die gesamte Region. Zwar geriet die politische Transformation immer wieder ins Stocken, wurde aber letztlich, zumindest was die Einführung eines neuen politischen Systems angeht, erfolgreich abgeschlossen: 2014 trat eine neue Verfassung in Kraft und Parlament und Präsident wurden frei und fair gewählt. Diese Erfolgsgeschichte verdeckt jedoch, dass die Revolution von 2010/2011 nicht nur politische Veränderungen gefordert hatte, sondern auch sozioökonomische. Dies verdeutlicht einer der meist skandierten Slogans: „*shughl, hurriya, karama wataniyya*“ – Arbeit, Freiheit, nationale Würde.

Bereits 2008 hatte ein sechsmonatiger Protest für Arbeit die ökonomisch marginalisierte Phosphatminenregion Gafsa lahmgelegt, um auf die sozialen Missstände von Armut und Arbeitslosigkeit hinzuweisen. Dieser gilt heute als Vorläufer der Revolution von 2010/2011, die ebenfalls in den wirtschaftlich abgehängten Regionen im Hinterland Tunesiens begann (Allal 2013). Erst als sich die Proteste auf die Küstenregion und die Hauptstadt Tunis ausdehnten, verband sich die Massenmobilisierung mit Rufen nach Demokratie und politischen Freiheitsrechten (Lesch 2014). Damit war der politische Wandel von Anfang an mit Erwartungen auf sozioökonomische Verbesserungen verbunden. In dieser Hinsicht herrscht jedoch zunehmend große Frustration, die sich seit 2015 wieder in größeren Protestwellen Bahn bricht, die gesamte Regionen und zum Teil auch landesweit das normale Leben zum Erliegen bringen.

Im vorliegenden Report wird die Entwicklung der sozioökonomischen Proteste analysiert, um deren weitreichende Bedeutung auch für die politische Stabilität Tunesiens zu verstehen. Dabei wird gezeigt, dass nicht allein die schlechte Wirtschaftslage den zunehmenden Protest erklärt, sondern auch der Umgang damit seitens der Regierenden, der bestimmte Protestmuster befördert und befeuert. Da mit einer schnellen Verbesserung der ökonomischen Ausgangssituation nicht zu rechnen ist, zeigt der Report, wie dem sozialen Frieden jenseits wirtschaftlicher Reformen ein Stück näher zu kommen ist: durch die Inklusion von Protestakteuren in Dialogprozesse über die Wirtschaftsordnung und regionale Entwicklung und durch konkrete Reformen von Einstellungsverfahren hin zu mehr Transparenz und Fairness. Denn obgleich ein erneuter Regimeumsturz nicht

¹ Dieser Report ist im Rahmen des multilateralen Forschungsprojekts „Sozioökonomische Proteste und politische Transformation. Dynamiken von Contentious Politics in Ägypten und Tunesien vor dem Hintergrund südamerikanischer Erfahrungen“ am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung entstanden. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Arab Forum for Alternatives (Kairo/Ägypten) und der Universität Sfax (Tunesien) durchgeführt und von der Volkswagen Stiftung finanziert. Den tunesischen Projektpartnern Prof. Dr. Bassam Karray und Samiha Hamdi gilt der Dank der Autoren ebenso wie dem Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis, Hendrik Meyer, Michael Robbins vom Arab Barometer Survey, dem Forum Tunesien des Droits Economiques et Sociaux, Hager Ali, Giuseppe Campisi, Johanna Faulstich, Prisca Jöst, Ouassima Laabich, Yassine Nabli, Ronja Present und Amira Sahbi.

bevorsteht, so ist die Gefahr der Destabilisierung und Delegitimierung der neuen Ordnung gegeben, zumal große Unzufriedenheit nicht nur bei Protestakteuren selbst, sondern auch in der breiteren Bevölkerung herrscht. So zeigen die Umfragen des Arab Barometer (Arab Barometer 2011; 2013; 2015), dass die Sorge um die ökonomische Lage des Staates wächst. Zwar waren 2011 bereits 90% der befragten Tunesierinnen und Tunesier der Meinung, dass die Verbesserung der ökonomischen Situation zu den zwei drängendsten Aufgaben der Regierung gehöre. Der Blick in die Zukunft war damals allerdings größtenteils positiv. 2015 hingegen war nur noch ein Drittel der Menschen der Überzeugung, die ökonomische Situation würde sich verbessern. So zogen 2015 auch 60% das Resümee, die ökonomische Situation hätte sich im Vergleich zu 2011 weiter verschlechtert. Dabei sahen Studierende und junge Erwachsene die Lage am kritischsten. Wie sehr die Bewertung der politischen Ordnung und der wirtschaftlichen Situation miteinander verwoben sind, lässt sich daran erkennen, dass nun mehr Menschen Bedenken gegenüber der Demokratie als Regimeform äußern: Stimmt 2011 nur 24% den Aussagen zu, Demokratie sei schlecht für die Wirtschaft, ineffektiv darin, die Ordnung zu bewahren und nicht entscheidungsfreudig, verdoppelte sich dieser Anteil bereits bis 2013 und stieg bis 2015 auf 59% an.

Die generelle Unzufriedenheit, die in den Umfragen hervortritt, äußerte sich nach der Massenmobilisierung von 2010/2011 regelmäßig in kleineren Protesten. Seit 2015 kam es jedoch auch wieder zu regionalen und nationalen Protestwellen. Bisheriger Höhepunkt waren die großen Ausschreitungen von Arbeitslosen im Januar 2016, die sich zum ersten Mal nach der Revolution von einer Inlandsregion, in diesem Fall Kasserine, bis in die Hauptstadt ausbreiteten. Arbeitsplätze und die Entwicklung des marginalisierten Hinterlands waren hierbei die zentralen Forderungen. Zwar streikten auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte insbesondere im öffentlichen Sektor wiederkehrend für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, allerdings zeigt dieser Report, dass die generelle Entwicklung hin zu disruptiven, unorganisierten Protesten für Arbeit geht. Er zeigt weiterhin das problematische Wechselspiel aus partikularen Forderungen nach persönlicher Beschäftigung und der staatlichen Reaktion darauf – nämlich diesen Forderungen vereinzelt mit der Vergabe weitgehend unwirtschaftlicher Arbeitsplätze nachzugeben, um kurzfristig für Ruhe zu sorgen, ohne jedoch Pläne zur nachhaltigen Entwicklung sozioökonomisch marginalisierter Regionen zu diskutieren geschweige denn umzusetzen. Gleichzeitig verweisen die Regierungen stets auf die schlechte Haushaltslage und die wirtschaftliche Situation, wofür immer wieder Protestwellen als Grund genannt werden: sie seien eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung, die – zusätzlich zu den Terroranschlägen der letzten Jahre – das Investitionsklima weiter schädigen würde. So lautet der wiederkehrende Aufruf von Seiten der Politik an die Protestakteure, sich zu gedulden, bis sich die Lage verbessert.

Wir argumentieren im vorliegenden Report, dass – statt auf Zeit zu spielen – unmittelbare Auswege aus der Eskalationsspirale angegangen werden sollten, die sich aus der Perspektive der sozialen Bewegungsforschung ergeben. Dafür gibt der Report zunächst in Kapitel 2 einen Überblick über die sozioökonomische Lage Tunesiens und die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik seit dem Sturz der Diktatur, die durch behelfsmäßige, kurzsichtige Reaktionen auf akute Probleme gekennzeichnet ist und bisher nicht zu einem merklichen Aufschwung für weite Bevölkerungsteile geführt hat. Im dritten Kapitel werden

die Dynamiken der Proteste basierend auf der Auswertung von Protest- und Konfliktdatenbanken präsentiert sowie die zentralen Akteure und ihre Forderungen und Protestformen herausgearbeitet. Hieraus ergibt sich das Bild zunehmend unorganisierter, fragmentierter Proteste mit partikularen Forderungen. Im vierten Kapitel werden Arbeitslosenproteste in einer der protestreichsten Regionen, der Phosphatminenregion Gafsa, analysiert. Hier werden die Motive deutlich, die hinter der Forderung nach Arbeit stecken, und warum die Protestakteure sich nicht untereinander vernetzen, Strukturen aufbauen oder mit Organisationen oder Parteien zusammenarbeiten. Die Fragmentierung heißt im Umkehrschluss auch, dass kein organisierter Akteur Einfluss auf die Proteste nehmen und zur Beruhigung eben jener beitragen kann. Um zu verstehen, warum selbst mit den beiden zivilgesellschaftlichen Organisationen keine Zusammenarbeit stattfindet, die während der Proteste von 2008 und 2010/2011 im Aufstand gegen Ben Ali noch Kooperationspartner waren, werden diese beiden in Kapitel 5 genauer untersucht: die einzige landesweit aktive Arbeitslosenorganisation, die Union arbeitsloser Hochschulabsolventen (*Union des diplômés chômeurs*, UDC) und der mächtige tunesische Gewerkschaftsdachverband (*Union générale tunisienne du travail*, UGTT). Der Report zeigt zuletzt in Kapitel 6, dass es sich bei diesen Entwicklungen nicht um einen ausweglosen Teufelskreis handelt, sondern dass politischer Spielraum besteht, Anreize so zu setzen, dass nicht mehr allein Protest als Druckmittel und Ausdrucksmittel für sozioökonomische Unzufriedenheit angesehen wird. Stattdessen könnten die Forderungen nach Arbeit und einem Leben in Würde ins System kanalisiert und dort verhandelt werden, um nachhaltige Lösungen zu erreichen. Weiterhin würden Reformen von Einstellungsverfahren hin zu Transparenz und Fairness helfen, Korruption und Klientelismus zu bekämpfen und damit den wichtigsten konkreten Auslöser für Protest zu beseitigen.

2. Wirtschaft und Soziales in Tunesien: Kontinuität in Zeiten politischen Wandels

Lange Zeit galt Tunesien als Land mit großem wirtschaftlichem Potenzial (vgl. World Bank 2014: 1). So verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt durchschnittliche Wachstumsraten von 4,3% zwischen 2005 und 2010. Spätestens die Protestwelle 2010/11 machte unübersehbar, dass sich damit die wirtschaftliche Zufriedenheit der breiten Bevölkerung nicht verbessert hatte. Dies führte aber nicht zu weitreichenden Wirtschafts- und Sozialreformen nach dem Sturz Ben Alis. Tatsächlich drehte sich zunächst alles um die politische Transformation. Dies schlug sich in einem schnellen Wechsel von Regierungen nieder, was gleichzeitig längerfristige Politiken und Reformvorhaben erschwerte.

Tunesiens Regierungen seit 2011 im Überblick

Am 14. Januar 2011 wurde Zine El-Abidine Ben Ali, der Tunesien seit 1987 als Präsident regiert hatte, gestürzt. Die Regierung unter dem seit 1999 amtierenden Premierminister Mohamed Ghannouchi trat im Februar nach fortgesetzten Protesten vor dem Regierungssitz in der Kasbah zurück. Seitdem hat Tunesien sechs verschiedene Regierungen gesehen, die erste unter Beji Caid Essebsi (dem heutigen Präsidenten) in der ersten Transitionsphase, in der die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung Ende 2011 stattfanden. Der klare Wahlsieger, die islamistische Partei *Ennahda*, bildete zusammen mit den säkularen, eher sozialdemokratischen Parteien *Congrès pour la République* (CPR) und dem *Forum démocratique pour le travail et les libertés*, besser bekannt als *al-Takattul*, eine Koalition. Unter der sogenannten Troika wurden zwei Kabinette gebildet, die jeweils von Premierministern der Ennahda-Partei geführt wurden (Hamadi Jebali Dezember 2011–März 2013, Ali Laarayedh März 2013–Januar 2014). Nach den großen Protesten gegen *Ennahda* 2013 übernahm eine technokratische Regierung unter Mehdi Jomaa im Januar 2014 die Amtsgeschäfte bis zu den Parlamentswahlen Ende 2014. Im Februar 2015 wurde die große Koalition aus *Nidaa Tunis* (dem anti-islamistischen Bündnis um den nun zum Präsident gewählten Beji Caid Essebsi), zusammen mit *Ennahda*, dem liberalen *Afek Tunis* und der rechtspopulistischen *Freien Patriotischen Union* gebildet (vgl. Boubekeur 2016). Die Leitung der Regierung übernahm zunächst der parteiunabhängige Habib Essid (bis August 2016), der durch eine erneute konsensbildende Initiative von Präsident Essebsi (die sogenannte „Vereinbarung von Karthago“, vgl. Dihstelhoff/Sold 2016) zum Rücktritt gezwungen und durch Youssef Chahed von *Nidaa Tunis* ersetzt wurde.

Premierminister	Essebsi 2/2011- 12/2011	Jebali 12/2011- 03/2013	Laarayedh 3/2013- 1/2014	Jomaa 1/2014- 2/2015	Essid 2/2015- 8/2016	Chahed 8/2016- heute
Parteizugehörigkeit Premier	Unabhängig	Ennahda	Ennahda	Unabhängig	Unabhängig	Nidaa Tunis
Regierungspartei/-koalition	Technokratische Regierung	„Troika“: Ennahda, CPR, al-Takattul		Technokratische Regierung	Große Koalition: Nidaa Tunis, Ennahda, Afek Tunis, Freie Patriotische Union	
Präsident	Fu'ad Mebazaa	Moncef Marzouki			Beji Caid Essebsi	

Die mittlerweile sechs Regierungen seit 2011 standen zahlreichen wirtschaftlichen Problemen gegenüber. Erstens ging das Wirtschaftswachstum deutlich zurück: nach einer Rezession 2011 erholte sich der Wachstumstrend zwar 2012, stagniert aber seit 2013 auf niedrigem Niveau zwischen 1–2% (Tabelle 1). Generell wird das Bruttoinlandsprodukt zu gut 60% vom Dienstleistungssektor generiert, nur zu 10% von der Landwirtschaft und knapp 30% von der Industrie.² Daher litt das BIP besonders unter dem Einbruch des Tourismus, von dem auch etwa 15% aller Jobs direkt oder indirekt abhängen (IMF 2015: 11). Vor Ausbruch der Unruhen hat Tunesien jährlich etwa 3,5 Milliarden US-Dollar in dieser Branche umgesetzt. 2011 sank dieser Wert aufgrund der ungewissen Sicherheitslage um ein Viertel. 2015 schrumpfte der Sektor des Hotel- und Gastronomiegewerbes noch einmal um 17%, was als Folge der islamistischen Attentate in Sousse und auf das Nationalmuseum von Bardo gesehen wird (ESCWA 2016: 91).

Tabelle 1: Wirtschaftsdaten im Überblick³

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
BIP Wachstum pro Kopf	2,5	-3,1	3,0	2,0	1,8	0,0	
BIP Wachstum	3,5	-2,4	3,7	2,3	2,3	1,0	1,3
Entwicklungshilfe (in Mio. US\$)	550,4	922,1	1016,9	710,4	921,3		
Private Geldüberweisungen nach Tunesien (in Mio. US\$)	2063,3	2004,5	2265,7	2290,5	2346,6	1971,4	
Jährliches Haushaltsdefizit in Prozent des BIP	1,0	2,6	5,5	7,0	5,0		
Arbeitslosigkeit	13,0	18,6	17,4	15,9	15,1	15,2	15,5
Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen	23,3	33,4	31,8	32,6	31,0	30,3	31,3
Inflationsrate	3,3	3,6	5,1	5,8	4,9	4,9	

Die geringe Wachstumsrate des BIP wird von wachsenden Staatsausgaben begleitet. Seit 2010 wächst das Defizit des öffentlichen Haushalts stetig an und schränkt den finanziellen Spielraum der Regierung weiter ein (Tabelle 1). 2010 entsprach der Verlust noch einem Prozent des BIP, bis 2013 hatte sich dieser Anteil versiebenfacht. Erst im darauffolgenden Jahr war ein leichter Rückgang des jährlichen Defizits zu beobachten. Diese Situation findet auch Ausdruck in einer wachsenden Staatsverschuldung, die zwischen 2010 und 2016 von 40% auf 59% des BIP stieg (World Bank 2017). Das wachsende Haushaltsdefizit erscheint noch dramatischer, wenn man sich vergegenwärtigt, dass ein zunehmender Anteil dieses Haushaltes von Entwicklungsgeldern getragen wird. Zwischen 2009 und 2012 haben sich diese fast verdoppelt und stellen mittlerweile fast ein Siebtel des Haus-

2 CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>.

3 Quelle: IMF 2016a; World Bank 2017; INS 2012, 2015.

haltes. So muss die Lage als durchaus ernst eingeschätzt werden, verdeutlicht sie doch das strukturelle Problem des Staates, seine Ausgaben aus eigener Kraft zu decken.

Die eine Seite dieses Haushaltsdefizits sind die ausbleibenden Einnahmen durch Steuern. Dies erklärt sich einerseits aus dem hohen Anteil informell beschäftigter Personen in Tunesien. Nach einigen Schätzungen ist der informelle Sektor ebenso groß wie der formelle Sektor der Wirtschaft (Aliriza et al. 2016: 9). Daneben stellt die Steuerhinterziehung ein weiteres Problem für den staatlichen Haushalt dar. So schätzt die Weltbank, dass dem tunesischen Staat zwischen 2002 und 2009 jährlich etwa 200 Millionen US-Dollar durch Steuerhinterziehung von staatsnahen Unternehmen entgangen sind (World Bank 2015b). Nach der Revolution hätte sich diese Situation nach Meinung von Expertinnen und Experten (Rijkers et al. 2015) nur noch verschärft. Während sich an der Einnahmeseite nichts verbesserte, stiegen die staatlichen Ausgaben in erster Linie für Löhne im öffentlichen Sektor. Zwar hatten die neuen Regierungen vom Regime Ben Alis bereits einen großen öffentlichen Sektor von etwa einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts geerbt (Boughzala 2013: 14), jedoch stiegen nach 2010 die Ausgaben für Gehälter im öffentlichen Sektor noch einmal stark an: in nur drei Jahren zwischen 2010 und 2013 von 10,7% des BIP auf 13% (World Bank 2015a: 10). Dies lag nicht so sehr an Gehaltssteigerungen denn an den massiven Neueinstellungen: Allein im ersten Jahr nach dem Sturz Ben Alis wurden etwa 90.000 staatliche Stellen geschaffen.⁴ Der islamistischen Ennahda-Partei wurde dabei während ihrer Regierungszeit in der Troika vorgeworfen, vor allem Parteianghörige und Sympathisanten eingestellt zu haben.⁵ Tatsächlich stieg die Anzahl der öffentlich Beschäftigten auch nach dem Ende der Troika-Regierung bis auf 591.173 im Jahr 2014 weiter.⁶ In absoluten Zahlen stiegen die Ausgaben von 6 Milliarden tunesischen Dinar 2010 (etwa 3 Milliarden Euro) auf 13,2 Milliarden 2016 (5,3 Milliarden Euro) – was 70% des öffentlichen Haushalts entspricht (Muasher et al. 2016: 8). Besonders stark sind die Zuwächse dabei vor allem in den über 90 staatlichen Unternehmen. Seit 2011 ist die Beschäftigungszahl dort um 50% gestiegen und liegt derzeit bei 180.000 (IMF 2016b: 20).

Mit den staatlichen Einstellungen antwortete die Politik auf eines der drängendsten Probleme Tunesiens, die hohe Arbeitslosigkeit. Obwohl es die tunesischen Regierungen geschafft haben, diese insgesamt leicht zu senken – von 18,6% (2011) auf 15,5% (2016)

4 Institut national des statistiques (INS), https://docs.google.com/spreadsheets/d/1vIRSbcJKTrPSDTyBrHcr_NKALkxSb-pms4IocPBMo34/edit#gid=842205693.

5 Jene waren unter Ben Ali extrem diskriminiert und von öffentlichen Ressourcen abgeschnitten, sodass die Arbeitsplätze von Ennahda als eine Art Kompensation verstanden wurden, die als Implementierung des Gesetzes zur Amnestie politischer Gefangener und der Entschädigung von Opfern des Ben Ali Regimes vom Januar 2011 gesehen wurde. Von Seiten der Gewerkschaften und der politischen Gegner Ennahdas wurde dies nicht nur als Klientelismus, sondern auch als Gefährdung der Neutralität des öffentlichen Dienstes gesehen (Bellamine 2016; Weslaty 2013).

6 Institut national des statistiques (INS), https://docs.google.com/spreadsheets/d/1vIRSbcJKTrPSDTyBrHcr_NKALkxSb-pms4IocPBMo34/edit#gid=842205693.

– bleibt die Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen seit Beginn der Umbrüche fast gleichbleibend auf einem sehr hohen Niveau von über 30% (siehe Tabelle 1). Durch einen stetigen Ausbau des Bildungssystems besitzt mittlerweile über die Hälfte der erwerbsfähigen Tunesierinnen und Tunesier einen sekundären Schulabschluss, eine abgeschlossene Ausbildung oder einen Hochschulabschluss. Dem steht auf der anderen Seite eine Wirtschaft gegenüber, die nicht in demselben Maße Arbeitsplätze passender Qualifikation bereithält, sondern eher Geringqualifizierten Arbeit ermöglicht. Diese Tätigkeiten entsprechen jedoch häufig nicht den Erwartungen der gut ausgebildeten jungen Erwachsenen. Von den Unternehmen wird allgemein kritisiert, dass das tunesische Bildungssystem nicht die Fähigkeiten vermittelt, die von der Wirtschaft nachgefragt werden (ILO 2012). Ebenfalls kann festgestellt werden, dass die Arbeitslosigkeit unter Frauen wesentlich höher ist als bei Männern (INS 2015), obwohl Frauen besser ausgebildet sind (ILO 2012). Zwar verbessert sich die Situation langsam, jedoch ist es für Frauen immer noch wesentlich schwieriger in den Arbeitsmarkt einzusteigen.

Karte der tunesischen Gouvernements⁷



Neben dem wirtschaftlichen Stillstand und der hohen Arbeitslosigkeit vor allem unter jungen Erwachsenen lässt sich in Tunesien ein enormes regionales Ungleichgewicht feststellen. Das Ministerium für regionale Entwicklung und Planung hat 2012 eine Studie (ITCEQ 2012) herausgegeben, in der ein Entwicklungsindikator erhoben wird, welcher sich aus Kenndaten der Bereiche Bildung, Technologie, Arbeitslosigkeit, Einkommen, Gesundheit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zusammensetzt. Dabei kommen die Küstenregionen im Nordosten des Landes auf einen Durchschnittswert von 0,61 (bei einem Höchstwert von 1) und die übrigen Regionen im Süden und Westen des Landes auf nur 0,40 (Tabelle 2). Nach dieser Kennzahl ist das tunesische Hinterland also um ein Drittel geringer entwickelt als die Küstenregionen. Die am wenigsten entwickelten Gouvernements liegen dabei noch deutlich unter diesem Wert (Kasserine 0,16; Kairouan 0,25; Sidi Bouzid 0,28). In den Bereichen Bildung/Technologie, Einkommen/Arbeit, sowie Gesundheit erreichen die Regionen im

⁷ Die Gouvernements an der Küste sind grau dargestellt. Quelle: www.d-maps.com, eigene Bearbeitung.

Süden und Westen des Landes einen um 40% geringeren Wert als die Küstenregionen. Im Bereich Gerechtigkeit/Gleichberechtigung sind die Unterschiede nur geringfügig.

Tabelle 2: Entwicklungsindex Tunesien⁸

	Bildung/ Technologie	Einkommen/ Arbeit	Gesund- heit	Gerechtigkeit/ Gleichberechtigung	Entwicklungs- indikator
Nordosten/ Küstenregion	0,70	0,72	0,34	0,69	0,61
Südwesten/ Inlandsregion	0,39	0,41	0,20	0,59	0,40

Obwohl die Armut in Tunesien zwischen 2010 und 2015 insgesamt zurückgegangen ist (von 20% auf 15%), waren auch an dieser Entwicklung nicht alle Regionen gleichermaßen beteiligt. Im Norden und Osten lag die Armutsquote 2015 bei weniger als 10%, in den restlichen Landesteilen war sie mehr als doppelt so hoch (INS 2015). Auch die Arbeitslosigkeit liegt im Süden und Westen des Landes bei über 20%, verglichen mit etwa 12% im Nordosten (World Bank 2014: 39). Zieht man Faktoren wie Geschlecht und Bildungsabschluss hinzu wird der Unterschied zwischen den Regionen noch eklatanter: So ist etwa die Arbeitslosigkeit von gut ausgebildeten Frauen in marginalisierten Regionen mehr als dreimal so hoch wie unter Männern. In marginalisierten Regionen sind teilweise über 50% der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen arbeitslos (ILO 2012).

Der aktuelle Premierminister Youssef Chahed hat seit seiner Amtsübernahme versucht, neuen Schwung in die Wirtschaftspolitik zu bringen. Er hat einen neuen Entwicklungsplan (2016–2020) angekündigt, bei dem über fünf Jahre 60 Milliarden US Dollar in die wirtschaftliche Entwicklung fließen sollen, dabei 70% in die marginalisierten Regionen des Hinterlandes (Muasher et al. 2016: 10). Dabei ist ein zentraler Punkt das Anlocken ausländischer Investitionen. Hierfür wurde ein neues Investitionsgesetz verabschiedet und Ende November 2016 eine große Investorenkonferenz („Tunisia 2020“) veranstaltet. Ein weiterer Ansatzpunkt, der auch den Vorstellungen der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds entspricht, ist die Kürzung von Subventionen. Das gesellschaftliche Konfliktpotenzial jedoch, das in der Kürzung von Energie- und Nahrungsmittelsubventionen liegt, muss er gegen den kurzfristigen Zugang zu neuen finanziellen Ressourcen abwägen (Aliriza et al. 2016).

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Haushaltslage in Tunesien aktuell sehr angespannt ist und sich der Handlungsspielraum der Regierung weiter verkleinert, obwohl der Internationale Währungsfond Tunesien langfristig eine positive Entwicklung der Wirtschaft prognostiziert. Zwar hat die Regierung Initiativen gestartet, welche die Marginalisierung der Kernregionen bekämpfen sollen. Von einem merklichen Aufschwung ist dort jedoch bisher wenig zu spüren. Auch die kontinuierlich hohe Arbeitslosigkeit unter gut ausgebildeten Tunesierinnen und Tunesiern konnte trotz zusätzlicher Einstellungen

8 Quelle: ITCEQ 2012.

im öffentlichen Sektor nur leicht verbessert werden und es scheint eher so, als habe die Schaffung dieser Arbeitsplätze, die zumeist als unproduktiv gelten, hauptsächlich zur Verschlechterung der Haushaltslage beigetragen.

3. Die Entwicklung sozioökonomischer Proteste nach 2011

Die nachfolgende Analyse der Proteste in Tunesien basiert auf der Datenbank des *Armed Conflict Location & Event Data Project* (ACLED) (Raleigh et al. 2010). Sie umfasst Ereignisse politischer Gewalt durch staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie Ereignisse, die potenziell Konflikte befördern können, wie etwa gewaltlose Proteste. ACLED ist derzeit die einzige Datenbank, die eine umfassende, quantitative, fortlaufende Erhebung von Protesten in Tunesien vornimmt. Sie nutzt englisch- und französischsprachige lokale, regionale und nationale Medien sowie Berichte von Nichtregierungsorganisationen. Die Ereignisse werden manuell kodiert.

Wie jeder Datensatz, der vor allem auf Zeitungsquellen angewiesen ist, unterliegt auch ACLED bestimmten Verzerrungen: Einerseits ist die Berichterstattung potenziell von unterschiedlichen externen Einflüssen abhängig. Zensur, politischer Druck, Einschüchterung von Journalistinnen und Journalisten oder ein globales Agenda-Setting beeinflussen, worüber berichtet wird. Weiterhin müssen Proteste zunächst eine gewisse Aufmerksamkeit erzeugen, damit über sie berichtet wird. Die Datenbank bietet also weniger ein vollständiges Bild der tunesischen Protestlandschaft als vielmehr eine Sammlung von Protesten, die von der medialen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Zusätzlich tendieren Zeitungen dazu, eher von Ereignissen zu berichten, wenn Gewalt eine Rolle gespielt hat. Die Nutzung einzig englisch- und französischsprachiger Quellen führt ebenfalls zu einer Unterrepräsentation kleiner, lokaler Proteste in der Peripherie. Zwar wurden diese Verzerrungen bei der Analyse der Proteste stets reflektiert, sie spielen jedoch bei einem zeitlichen Vergleich von Protestdaten, wie er hier größtenteils gemacht wird, nur eine untergeordnete Rolle.

Da ACLED nur begrenzt Informationen zu den einzelnen Protesten zur Verfügung stellt, wurden zum Zwecke der weiteren Analyse die in ACLED aufgelisteten Proteste nachrecherchiert und um Informationen bezüglich der Akteure, Protestformen, Forderungen u.a. ergänzt. Diese Nachkodierung fand mithilfe englisch-, französisch- und arabischsprachiger Zeitungsartikel statt. Ein Protest wurde dann als sozioökonomischer Protest kodiert, wenn die Hauptforderung, die von den Protestierenden artikuliert wurde, sozioökonomisch war. Weipert-Fenner und Wolff (2015: 5–6) folgend sind dies Forderungen, die wirtschaftliche Aktivitäten (z.B. Zugang zu Land, Subventionen, Kredite, Steuern), die soziale Grundversorgung (z.B. öffentliche Dienstleistungen, Gesundheit, Bildung, Wasser, Verkehr, Subventionen), Einkommen (z.B. Löhne, Renten, Arbeit) oder Arbeitnehmerrechte (z.B. Gewerkschaftsfreiheit, Arbeitsstandards) betreffen. Alle Proteste, die keine sozioökonomischen Forderungen stellten, wurden nicht weiter analysiert und werden daher im Folgenden als „sonstige“ Proteste bezeichnet.

Die tunesische Protestlandschaft der letzten sechs Jahre ist vor allem durch eine dramatische Zunahme *sozioökonomisch motivierter Proteste* in den Jahren 2015 und 2016 gekennzeichnet, die in der jüngeren Vergangenheit einzigartig ist (Abb. 1). Sowohl in Relation zu den sonstigen Protesten als auch in absoluten Zahlen stellen diese Entwicklungen einen neuen Trend dar. Waren bis zu diesem Zeitpunkt die sonstigen Proteste zahlenmäßig stärker vertreten als sozioökonomische Proteste – mit der Ausnahme von Dezember 2010, dem Ursprung der Revolution – kehrte sich dieses Verhältnis 2015 um. Vor allem für das Jahr 2016 lässt sich von einem massiven Bedeutungsgewinn sozioökonomischer Proteste in der tunesischen Protestlandschaft sprechen. Auch in absoluten Zahlen bildete dieser Zeitraum eine Ausnahme. Vor allem die Protestwelle im Januar 2016 stellte mit 124 sozioökonomischen Protesten einen Rekord dar, der zuvor nicht einmal im Revolutionsjahr 2011 erreicht wurde.

Die Protestwelle vom Dezember 2010, welche den Beginn der *Arab Uprisings* darstellte, ging ebenfalls von sozioökonomisch motivierten Protesten im marginalisierten Hinterland aus, die auf die schlechte ökonomische Lage der Menschen aufmerksam machten. Diesen anfänglichen Protesten, die zu einem Drittel von Menschen unter 24 Jahren getragen wurden (Arab Barometer 2013), folgten nach kurzer Zeit Proteste in der Hauptstadt und Forderungen nach der Absetzung von Präsident Ben Ali und einem politischen Wandel. Doch auch nach dessen Absetzung am 14. Januar wurden die Proteste fast unvermindert fortgeführt. Einer der Hauptgründe dafür war, dass Schlüsselpositionen in der Regierung weiterhin von Personen des alten Regimes besetzt waren und mit Mohamed Ghannouchi ein alter Weggefährte Ben Alis an der Spitze der Übergangsregierung blieb. Dies erzeugte politischen Widerstand, der im Januar 2011 zunächst zu einem massiven Anstieg sonstiger Proteste führte. Der in Gang gesetzte politische Transformationsprozess wurde von Protesten begleitet, die vor allem bis zur Abdankung Ghannouchis am 27. Februar auf sehr hohem Niveau blieben. Sozioökonomische Proteste sind zwar ein wiederkehrendes Phänomen, jedoch führte der Umbau des politischen Systems in dieser Zeit weitaus häufiger zu Mobilisierung.

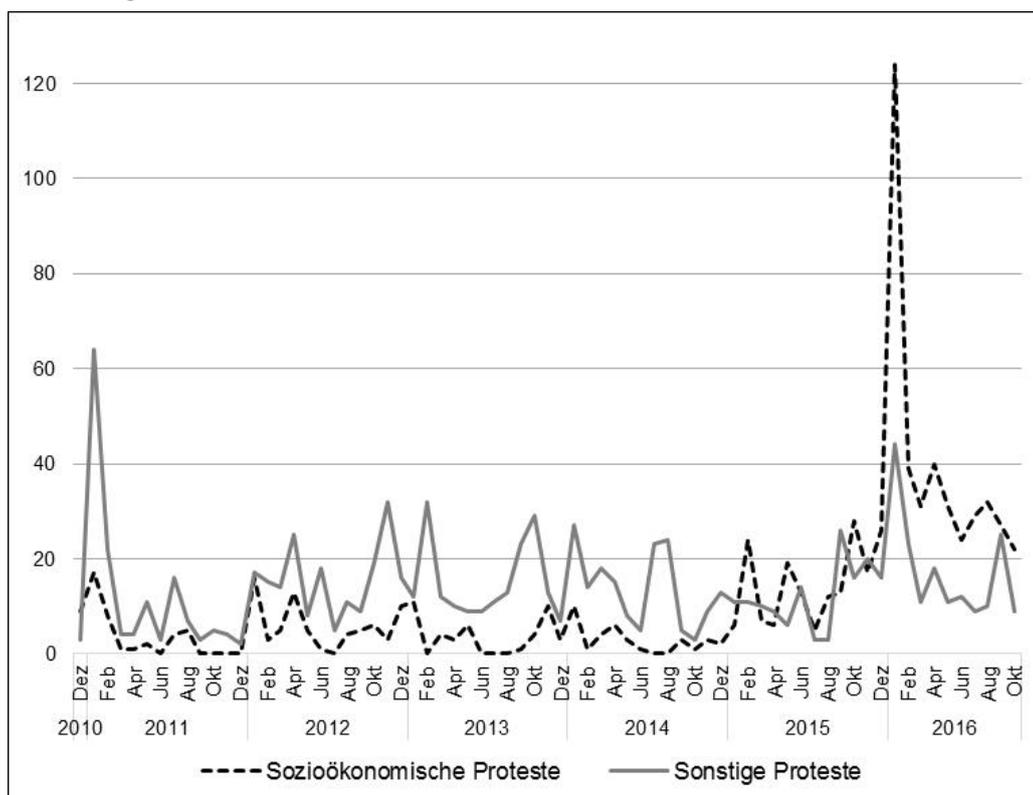
Dieses Bild ändert sich in den folgenden Jahren kaum. Vor allem um die Ausrichtung der neuen Verfassung wurde bis zu ihrer Verabschiedung 2014 gestritten. Einen Hauptstreitpunkt zwischen den Parteien bildete dabei die Rolle des Islam in der Verfassung (vgl. Boubekeur 2016). Diese Debatte wurde dabei nicht nur in der verfassungsgebenden Versammlung ausgetragen, sondern bot auch Anlass für zahlreiche Proteste zwischen 2012 und 2014. Neben dem Streit um die Verfassung war die sich verschlechternde Sicherheitslage ein weiterer Grund, warum die Menschen auf die Straße gingen. Insgesamt nahmen sozioökonomische Proteste in diesem Zeitraum einen vergleichsweise geringeren Stellenwert in der tunesischen Protestlandschaft ein.

2015 änderte sich diese Situation grundlegend und sozioökonomische Themen standen im Fokus der Proteste: Auf der einen Seite boten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst im Frühjahr des Jahres Anlass für Demonstrationen entlang sozioökonomischer Fragen. Dort wurde beispielsweise die Industriepolitik der marginalisierten Regionen kritisiert und über die Verteilung von Einnahmen aus der Ölwirtschaft gestritten. Noch deutlicher jedoch trugen unorganisierte Proteste von Arbeitslosen und Arbeitern des informellen Sektors, die die Regulierung und Legalisierung ihrer Tätigkeiten forderten, zu einer Steigerung der Protestzahlen bei. Einen weiteren Anlass boten die Schließung der Grenze zu Libyen und die Einführung neuer

Zollbestimmungen (vgl. Meddeb 2017). Die Zunahme von sozioökonomischen Protesten wurde begleitet von einer Abnahme sonstiger Proteste. Während zwischen 2011 und 2014 in Tunesien durchschnittlich 169 sonstige Proteste pro Jahr stattfanden, entfielen auf das Jahr 2015 nur 143. Dem entgegengesetzt standen die sozioökonomisch motivierten Proteste, welche das postrevolutionäre Jahresmittel weit übertrafen (Jahresdurchschnitt 130; gegenüber 176 im Jahr 2015). Während sie sowohl in Relation zu den anderen Protesten bis dato einen neuen Höchststand erreichten, überstiegen drei Monate 2015 auch in absoluten Zahlen den bisherigen Höchststand vom Januar 2011.

Das Jahr 2016 startete mit einer Protestwelle, die einige Gemeinsamkeiten zu den Protesten im Dezember 2010 aufwies. Im Hinterland aufkommende Proteste entlang sozioökonomischer Themen entwickelten sich schnell zu einer massiven Protestwelle, die hauptsächlich die marginalisierten Regionen ergriff, aber auch Solidaritätsproteste in der Hauptstadt motivierte. Obwohl die Protestwelle nach etwa zwei Wochen zu einem ziemlich abrupten Ende kam, wirkte sie noch weit ins Jahr hinein und mobilisierte weitere Akteure. So markierte das Jahr 2016 einen erneuten Anstieg sozioökonomischer Proteste. Während die sonstigen Proteste nur knapp über dem Jahresdurchschnitt lagen, stieg die Anzahl sozioökonomischer Proteste noch einmal sprunghaft an.

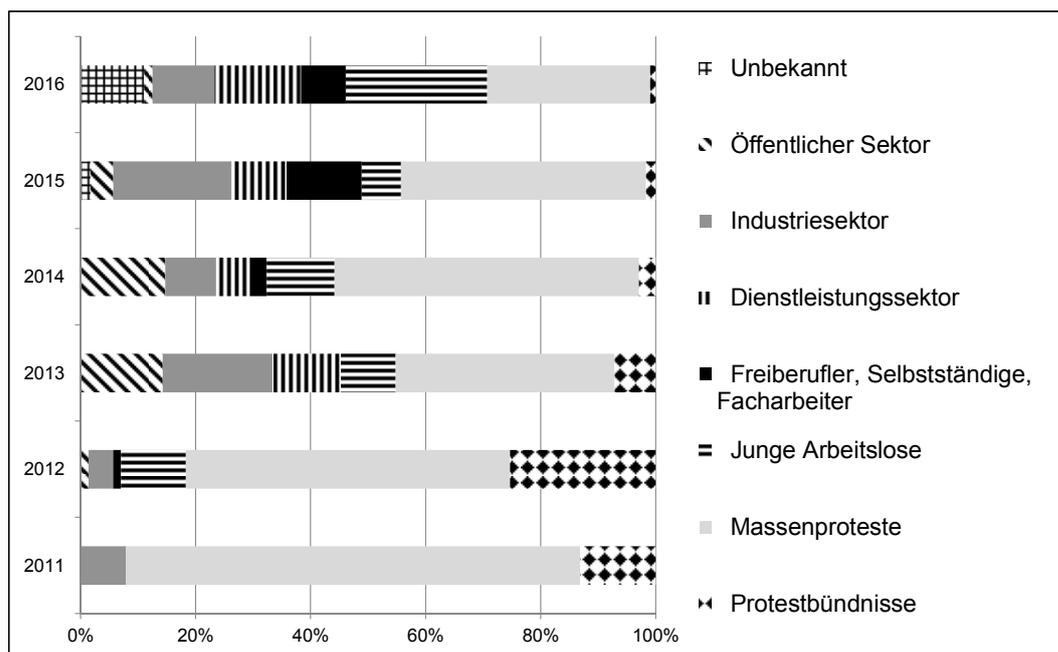
Abbildung 1: Proteste in Tunesien⁹



⁹ Quelle ACLED; eigene Erhebung.

Die Zusammensetzung der Akteure sozioökonomischer Proteste hat sich seit Beginn der Unruhen Ende 2010 stark gewandelt (Abb. 2). In den Jahren 2011 und 2012 entfielen knapp zehn Prozent der sozioökonomischen Proteste auf Arbeiterinnen und Arbeiter des Industriesektors. Derselbe Anteil entfiel 2012 auf Proteste von jungen Arbeitslosen. Darüber hinaus lassen sich in diesem Zeitraum fast ausschließlich Massenproteste beobachten, die dadurch gekennzeichnet sind, dass unterschiedliche Akteure in diese involviert sind. Bereits mit Beginn des Jahres 2013 und anhaltend bis 2014 änderte sich dieses Bild entscheidend. Massendemonstrationen waren nur noch für knapp die Hälfte aller sozioökonomischen Proteste verantwortlich. Angestellte des Dienstleistungs- und öffentlichen Sektors traten als neue Protestakteure in Erscheinung. 2015 und 2016 setzte sich der Trend einer zunehmenden Ausdifferenzierung im Sinne sektorspezifischer Protestakteure weiter fort, sodass 2016 nur noch knapp 30% der sozioökonomischen Proteste von größeren, heterogenen Protestakteuren veranstaltet wurden. Zweitgrößte Protestgruppe 2015 waren erneut Arbeiterinnen und Arbeiter des Industriesektors. Vor allem 2016 lässt sich eine starke Bedeutungszunahme von Protesten junger Arbeitsloser beobachten, welche die größte Protestgruppe mit 25% bildeten.

Abbildung 2: Akteure sozioökonomischer Proteste¹⁰

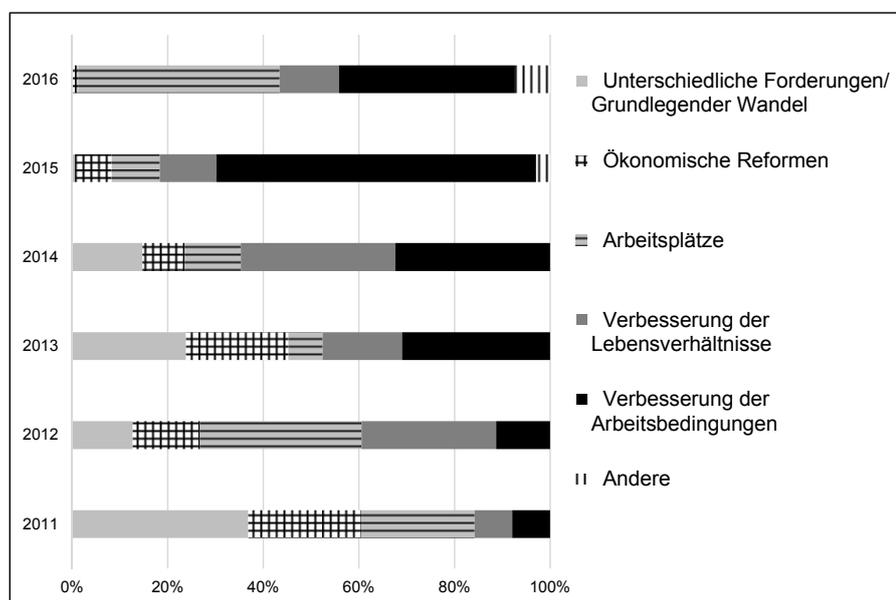


Parallel zu den Protestakteuren entwickelten sich auch die Forderungen der Protestierenden eindeutig in Richtung einer Ausdifferenzierung (Abb. 3). Proteste für einen grundlegenden Wandel werden nach und nach von Protesten mit spezifischen Forderungen

10 Quelle ACLED; eigene Erhebung.

abgelöst. Vor allem Forderungen nach Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen waren seit 2015 bei einem Großteil der Proteste vorherrschend. Die Kategorie „Arbeitsplätze“ enthält sowohl Forderungen nach Schaffung von Arbeitsplätzen als auch individuelle Forderungen nach Einstellung. Bei 38% aller Proteste war die Forderung nach grundlegendem Wandel bzw. unterschiedliche Forderungen vorherrschend. Bis zum Jahr 2015 nahm ihr Anteil kontinuierlich ab und war 2016 nicht mehr vertreten. Die Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die zu Beginn des Beobachtungszeitraums nur bei knapp 10% lag, gewann stetig an Bedeutung und erreichte 2015 ihren Höchststand, als mehr als 60% der sozioökonomischen Proteste die Arbeitsbedingungen zu ihrem Thema machten. In diese Kategorie fallen etwa Forderungen nach Lohnerhöhung, aber auch nach der Legalisierung von Arbeit wie sie häufig im informellen Sektor zu finden waren, oder Aufhebung von Arbeitsbeschränkungen. Protestierende, welche die Schaffung von Arbeitsplätzen oder die eigene Anstellung fordern, machten einen Großteil der Proteste der Jahre 2011 und 2012 aus, ehe sie im darauffolgenden Jahr an Bedeutung verloren. 2016 gab es wiederum einen starken Anstieg und das Thema Arbeitsplätze war das beherrschende Thema der Proteste. Forderungen nach ökonomischen Reformen, die in den meisten Fällen Proteste gegen die Marginalisierung des tunesischen Hinterlandes darstellen, spielen bis 2013 eine entscheidende Rolle. Zwar ist diese Marginalisierung weiterhin ein von der Politik kaum ernsthaft angegangenes Problem, die Protestierenden in den betroffenen Regionen scheinen seit 2014 jedoch spezifischere Forderungen, wie etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Kern ihrer Proteste zu machen.

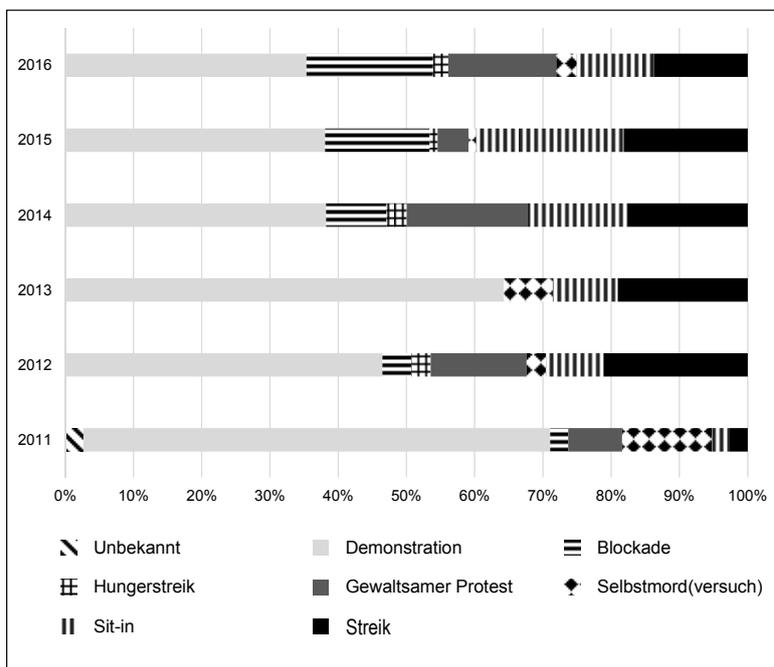
Abbildung 3: Forderungen der Protestierenden¹¹



11 Quelle: ACLED; eigene Erhebung

Auch die Art der Proteste hat sich in den letzten sechs Jahren gewandelt und es kann von einer Zunahme disruptiver Proteststrategien gesprochen werden (Abb. 4). Bis 2013 waren Demonstrationen die vorherrschende Protestform. Seit 2014 nahm vor allem der Anteil von Blockaden, Sit-ins und gewaltsamen Protesten zu, sodass von einer Entwicklung von friedlicheren Formen hin zu eher unkonventionellen und konfrontativen Taktiken gesprochen werden kann. Von den Streiks, die ein konstantes Phänomen sind, finden etwa ein Viertel im Industriesektor statt, etwas weniger als 20% entfielen jeweils auf den Dienstleistungssektor und den öffentlichen Sektor.

Abbildung 4: Formen der Proteste¹²



Dabei fanden in den marginalisierten Regionen, wo etwa 4,80 Millionen Menschen leben, durchweg deutlich mehr sozioökonomische Proteste statt als in den Regionen der Küste (6,18 Millionen Einwohner). In den marginalisierten Regionen waren dies zwischen 5 und 73 Protesten pro Jahr und Millionen Einwohnern (Tabelle 3). Demgegenüber standen Werte von lediglich 2 bis 26 Protesten in den Küstenregionen. Das Verhältnis von Protesten in marginalisierten Regionen zur Küstenregion erreichte 2012 einen Höchststand und auf jeden Protest pro Millionen Einwohner an der Küste kamen 2,92 Proteste im marginalisierten Kernland. 2013 nimmt dieses Verhältnis zwar ab, ab 2014 finden jedoch stets mehr als doppelt so viele Proteste in den marginalisierten Regionen statt als an der Küste.

12 Quelle: ACLED; eigene Erhebung

Tabelle 3: Sozioökonomische Proteste nach Regionen¹³

	Proteste in marginalisierten Regionen	Proteste pro Millionen Einwohner	Proteste in Küstenregion	Proteste pro Millionen Einwohner	Verhältnis
2011	22	4,58	15	2,43	1,88
2012	43	8,96	19	3,07	2,92
2013	19	3,96	22	3,56	1,11
2014	20	4,17	12	1,94	2,15
2015	116	24,17	64	10,36	2,33
2016	349	72,71	160	25,89	2,81

Insgesamt lässt sich beobachten, dass sich alle hier betrachteten Merkmale stetig verändern: Sozioökonomische Proteste waren zwischen 2011 und 2014 zwar ein präzentes Phänomen, spielten jedoch im Vergleich mit anderen Protesten eine untergeordnete Rolle. Während dieses Zeitraums fanden durchschnittlich 47 sozioökonomische Proteste pro Jahr statt, während sonstige Proteste mehr als dreimal so häufig auftraten (169 Mal). Ebenso lässt sich beobachten, dass in diesem Zeitraum sozioökonomische und sonstige Proteste zu gemeinsamen Zeitpunkten stattfanden. Protestreiche Monate wechselten sich mit ruhigeren Monaten ab. 2015 änderte sich dieses Bild. Sozioökonomische Proteste werden zu einem ständigen Begleiter des tunesischen Alltags und es lassen sich kaum Phasen beobachten, in denen nicht für sozioökonomische Belange protestiert wird. Ebenso scheinen sozioökonomische Proteste nicht mehr nur in generell protestreichen Monaten aufzutreten, sondern formierten sich unabhängig von der generellen Protestentwicklung. Ebenfalls war 2015 das erste Jahr, in dem sozioökonomische Proteste stärker vertreten waren als andere Proteste (176 gegenüber 145). Auch im Vergleich mit den vorherigen Jahren, in denen durchschnittlich 47 sozioökonomische Proteste auftraten, ist diese Steigerung beachtlich und bedeutet fast eine Vervierfachung. 2016 verstärkte sich dieser Trend erneut deutlich: Es fanden 399 sozioökonomische Proteste statt, aber nur 172 sonstige Proteste.

¹³ Quelle ACLED; eigene Erhebung.

4. Arbeitslosenproteste im Hinterland: Zunehmende Mobilisierung und Fragmentierung

Arbeitslosenproteste spielen seit Längerem eine herausragende Rolle unter den sozio-ökonomischen Protesten in Tunesien.¹⁴ Ein sechsmonatiger Aufstand, ausgelöst durch korrupte Einstellungsverfahren in der Region Gafsa im Jahr 2008, gilt sogar als einer der Vorläufer der Revolution von 2010/2011 (Allal 2013; Chomiak 2011). Beschäftigung war auch eines der zentralen Themen der Massenmobilisierung, die zum Sturz Ben Alis führte. Da sich, wie in Kapitel 2 gezeigt, an der Problematik der hohen Arbeitslosenraten nichts geändert hat, ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass es nach 2011 regelmäßig zu Protesten von Arbeitslosen kam, als Versammlungs- und Meinungsfreiheit sich immens vergrößert hatten. Aus der Perspektive der Demokratisierung ist die Zunahme von Protest nach dem Ende der Diktatur also zunächst ein positives Zeichen. Was jedoch alarmierend ist, ist der starke Anstieg der Proteste ab 2015, also gerade als politische Institutionen wieder eingesetzt waren und Probleme eigentlich stärker in das politische System hätten kanalisiert werden können. Stattdessen finden wir einen gegenläufigen Trend weg von zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen hin zu immer kleineren Protesteinheiten. Zudem zeigt sich das Bild eines gespaltenen Landes, in dem Arbeitslosenproteste vornehmlich in den sozioökonomisch marginalisierten Inlandsregionen Tunesiens stattfinden.

Diese Ergebnisse der quantitativen Analyse werden durch die Resultate der qualitativen Forschung zu Arbeitslosenprotesten verständlich und mögliche Auswege sichtbar. Hierfür wird im Folgenden eine der protestreichsten Gegenden des marginalisierten Hinterlands, die Phosphatminenregion im Gouvernement Gafsa, näher betrachtet.¹⁵ Trotz einer protestreichen Geschichte, bereits vor der Revolution, kam es hier ab dem Jahr 2015 zu ungekannnten Wellen von Protest. Im Frühjahr 2015 etwa brachte eine regionale Protestwelle den Abbau von Phosphat völlig zum Erliegen – wozu es nicht einmal während der Revolution 2010/2011 gekommen war.¹⁶ Und als am 16. Januar 2016 eine neue Welle in der Stadt Kasserine begann, wurde sie in Gafsa nur drei Tage später aufgegriffen; unter

14 Die Ergebnisse zu unorganisierten Arbeitslosenprotesten, zum Verband arbeitsloser Hochschulabsolventen sowie zum Gewerkschaftsdachverband beruhen auf der qualitativen Auswertung von über 30 Interviews und Gruppendiskussionen mit Aktivisten, NGOs, Politikern und Journalisten, die während drei Feldforschungsreisen nach Tunesien (November 2014, März 2015, Oktober und November 2016) durchgeführt wurden sowie teilnehmender Beobachtung am Weltsozialforum in Tunis im März 2015. Weiterhin profitierte die Analyse der Arbeitslosenbewegung in Gafsa von der Kooperation mit Samiha Hamdi von der Universität Sfax.

15 Zwischen März 2014 und November 2016 zählte die tunesische Nichtregierungsorganisation Forum Tunesien des Droits Économiques et Sociaux (FTDES) an die 1300 Proteste in Gafsa (siehe die monatlichen Berichte auf deren Webseite www.ftdes.net).

16 Insgesamt sank die Produktivität dramatisch: 2010 wurden noch 8 Millionen Tonnen Phosphat abgebaut. In den Jahren nach der Revolution bis 2015 wurden insgesamt nur 11 Millionen Tonnen gefördert. Dies wird den Protesten zur Last gelegt, aber es verbreiten sich auch Gerüchte, dass die Phosphatminen in Gafsa bald erschöpft seien; Interview mit tunesischem Politikwissenschaftler, Sfax, November 2016.

anderem von Arbeitslosen, die bereits den Jahrestag der Revolution am 14. Januar zum Anlass genommen hatten, um öffentlich auf ihre unverändert schlechte Situation aufmerksam zu machen.¹⁷ Dieses Beispiel verdeutlicht den generellen Trend, dass gerade kleinere, zum Teil auch länger schwelende Proteste die schnelle Ausbreitung von Protest ohne Organisation und direkte Kommunikation befördern. Um diese Dynamiken besser zu verstehen, werden im Folgenden die Auslöser und Motivation von Protest, die Mobilisierungnetzwerke und die Interaktion mit der Politik untersucht.

Eine allgemeine Bemerkung zu den Protestakteuren vorab: Spricht die tunesische Presse über Arbeitslosenmobilisierung, verknüpft sie damit meist das Stichwort Jugend. Die Rede ist von jungen Arbeitslosen oder jungen Protestierenden. Dies weist auf das erste Charakteristikum dieser Bewegung hin. Zwar reicht das Alter von Protestakteuren bis in die Vierziger hinein, jedoch fallen diese aus soziologischer Perspektive auf intergenerationale Beziehungen immer noch in die Kategorie der Adoleszenz. All die jungen Männer und Frauen¹⁸, die für Beschäftigung mobilisieren, befinden sich vor dem Eintritt in den Arbeitsmarkt. Genauer geht es den Aktivisten um den Eintritt in den formalen Arbeitsmarkt, da viele im informellen Sektor arbeiten. Einige empfinden sich als arbeitslos, selbst wenn sie prekär formal angestellt sind, da meist das Gehalt derart niedrig ist, dass es für ein eigenständiges Leben nicht ausreicht. Für die meisten Protestakteure ist das Ziel die staatliche Anstellung – entweder in Firmen des öffentlichen Sektors oder im öffentlichen Dienst. Denn mit staatlichen Jobs ist bis heute nicht nur Jobsicherheit, sondern auch ein weitreichender Zugang zu sozialen Sicherungssystemen wie Gesundheits- und Rentenversicherung verbunden. Diese Absicherungen sind oft Voraussetzung für Heirat, Auszug aus dem Elternhaus und Familiengründung. Ohne Anstellung bleiben die Betroffenen „jung“, also abhängig von den Eltern. Dieses Feststecken in einer vermeintlichen Übergangsphase wird auch als *waithood*, also als das Warten auf Inklusion und den Übergang zum Erwachsensein, bezeichnet (Singerman 2007) und ist ein Kernelement der Mobilisierung gegen Arbeitslosigkeit.

4.1 Die soziale Bedeutung von Arbeitslosigkeit am Beispiel Gafsa

Phosphat ist eine natürliche Ressource, deren Bedeutung kaum zu überschätzen ist: Phosphat ist der unersetzbare Energielieferant in Düngemitteln, die Ende des 19. Jahrhunderts die grüne Revolution auslösten und ohne die die Welternährung von heute zusammenbrechen würde. Die heute bekannten Abbaugelände werden jedoch nur noch 30 bis maximal 100 Jahre ausreichend Phosphat liefern können, schätzen Expertinnen und

17 Interview mit Arbeitslosenaktivist in Redeyef, November 2016.

18 Bei unorganisierten Protesten finden sich so gut wie keine Frauen. Im Rahmen der Union der arbeitslosen Hochschulabsolventen (UDC) sind Frauen vertreten, aber klar in der Minderheit. Da das Bild des männlichen Hauptverdieners immer noch prägend ist (Mansuy/Werquin 2015: 3), ist dies wenig verwunderlich. Zudem werden für Frauen gerade in der Peripherie öffentliche Proteste, auch angesichts des Eskalationspotenzials, nicht als angemessenes Engagement angesehen.

Experten (Stanier/Hutchinson 2010: 16). Die Bedeutung, die diesem Rohstoff damit zukommt, kann man heute in der Minenregion in Gafsa jedoch kaum spüren, die durch schlechte Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Bildungsmöglichkeiten geprägt ist. Dies war bis in die 1970er Jahre hinein noch anders. Unter französischer Kolonialherrschaft (1881–1956) erschlossen europäische Unternehmen die phosphatreichen Gebiete. Nach der Unabhängigkeit wurden diese Firmen fusioniert und es entstand die „*Compagnie de phosphate de Gafsa*“ (CPG). Im Unterschied zu den ausländischen Firmen wurde das Unternehmen ein zentraler Pfeiler der lokalen Wirtschaft. Die CPG schuf nicht nur Arbeitsplätze, sondern übernahm auch die Bereitstellung von grundlegender Infrastruktur, wie Wasser und Elektrizität, Bildung und Gesundheitseinrichtungen, bis hin zu Supermärkten und Sportclubs. Die vier sogenannten Minenstädte Redeyef, Oum Larayes, Metlaoui und Mdhila, die um die CPG entstanden waren, wurden zu privilegierten Orten. Es bürgerte sich ein, dass mindestens ein Kind jedes Arbeiters, der in Rente ging, in die CPG nachrückte (Allal 2010, Hibou 2015).

Mit dem Beginn der 1980er Jahre änderte sich infolge einer zunehmend schlechteren Wirtschaftslage und Staatsverschuldung die Politik in Tunesien hin zur sogenannten „Modernisierung“. Damit war die Wende vom Staatsentwicklungsmodell zur marktwirtschaftlichen Logik gemeint. Aus einer ökonomischen Perspektive war die CPG unrentabel, was ein Reformpaket zur Senkung der Kosten nach sich zog. Der teure und arbeitsintensive Untertagebau wurde durch den günstigeren, wenn auch umweltschädlicheren Tagebau ersetzt. Stück für Stück wurden sämtliche quasi-staatlichen Funktionen, die die CPG erfüllt hatte, ausgegliedert. Da Entlassungen vermieden wurden, kam es durch Frühverrentungsprogramme und Nicht-Nachbesetzungen erst allmählich zum Schrumpfen der Arbeiterschaft, was zunächst keinen gesellschaftlichen Widerstand hervorrief. Ab Mitte der 1980er Jahre sank die Zahl der CPG-Mitarbeiter von 16.000 auf 6.000 bis 8.000 Mitte der 1990er und auf etwa 6000 in den 2000er Jahren (Hibou 2015: 305). Staatliche Versuche einen Strukturwandel zu befördern, scheiterten an geringer finanzieller Ausstattung und insbesondere mangels eines neuen Entwicklungsmodells für die Region.¹⁹ Ein System von Sub-Unternehmen, die vormalige Funktionen der CPG übernahmen, eröffnete lokalen Machthabern wie dem Gouverneur und den Minengewerkschaften den exklusiven Zugang zur Vergabe von Jobs. Die fehlende Transparenz ermöglichte den Aufbau klientelistischer Netzwerke. Staatliche Investitionen flossen gleichzeitig beständig in die Küstenregionen des Nordostens, wo sich neue Firmen ansiedelten. Mit zusätzlich steigenden Bevölkerungszahlen nahmen der Druck auf den Arbeitsmarkt und damit auch die Spannungen ab Mitte der 1990er Jahre spürbar zu. Erste kleine Proteste kamen auf, wenn es zu Neueinstellungen kam, die immer nur wenige Bewerber berücksichtigten (Hibou 2015). Dass der soziale Friede durch diese Entwicklung ernsthaft in Gefahr geriet, wurde im Jahr 2008 klar. Wieder einmal entzündete sich öffentlicher Protest, als im Januar 2008 die CPG eine Liste von Neueinstellungen veröffentlichte. Doch dieses Mal blieb es nicht bei lokalen Unmutsäußerungen, sondern Demonstrationen, Sit-ins und Straßenblockaden breiteten sich in den

19 Für eine Übersicht der verschiedenen Ansätze siehe Hibou (2015: 315–316).

Minenstädten aus. Der konkrete Vorwurf richtete sich gegen den regionalen Chef des Gewerkschaftsdachverbands UGTT, Amara Abbassi, die Einstellungen zugunsten des eigenen klientelistischen Netzwerks manipuliert zu haben. Bald verband sich der Protest mit den generellen Forderungen nach Beschäftigung und regionaler Entwicklung. Erst der blutige Einsatz von Sicherheitskräften und der Armee im Juni 2008 brachte die Unruhen zu einem Ende (Gobe 2010).

Die Reaktion des Ben Ali-Regimes ging jedoch über Repression hinaus. Der Ernst der Lage brachte die Regierung dazu, die bisherige einstellige Millionensummen pro Jahr auf 400 Millionen tunesische Dinar zu erhöhen. Es wurden neue Unternehmen und damit allein 2800 Arbeitsplätze im Bereich Umweltschutz geschaffen. Tatsächlich wurden über diese Firmen vornehmlich Löhne ausgezahlt, echte Beschäftigung und damit auch nachhaltige Entwicklung wurde damit nicht erzielt. Zudem waren diese Arbeitsplätze weitaus schlechter bezahlt als direkte Anstellungen bei der CPG. Weiterhin waren die neuen Firmen fast ausschließlich in den Händen von tunesischen Unternehmern, die dem Regime nahe standen und in ihren Firmen tun und lassen konnten, was sie wollten, solange sie Arbeit schufen. Das heißt, dass dort, wo tatsächlich produktive Arbeit geschaffen wurde, insbesondere in Textilfirmen, die Arbeitsbedingungen extrem prekär waren (Hibou 2015: 318–319). Kurz: Trotz Erhöhung der finanziellen Mittel wurde kein echter Strukturwandel unternommen. Gleichzeitig wurde der regionalen oder lokalen Ebene kein größerer Spielraum gewährt, Entwicklungen selbst anzustoßen. Dezentralisierung wäre einem Machtverlust des Zentrums gleichgekommen.

Die Entwicklung vor der Revolution 2011 ist insofern für die heutige Lage von Bedeutung, als dass der historische Kontext als Vergleichsfolie dient und die Motivation für Mobilisierung verständlich macht. So ist erstens die Erinnerung an die goldene Zeit der Minenregion auch unter den jungen Leuten extrem präsent, obwohl sie diese nicht aus eigenen Erfahrungen, sondern nur aus dem kollektiven Gedächtnis kennen. In sämtlichen Interviews mit Arbeitslosenaktivisten wurde detailreich beschrieben, was die Region früher zu bieten hatte.²⁰ Als weitere Motivationsquelle wird der relative Abstieg der Region im Vergleich zu den Küstenregionen genannt, die in den letzten Jahrzehnten einen wirtschaftlichen Aufstieg verzeichneten. Und schließlich ist es der regionale Ressourcenreichtum auf der einen Seite und die regionale Armut auf der anderen Seite, die das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, ausmachen. Schmerz und Wut über diese Ungerechtigkeiten mischen sich in Interviews mit Aktivisten mit der Ansicht, ein Anrecht auf die verlorengegangenen Leistungen zu haben.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich Proteste vor allem dann entzündeten, wenn der Zugang zum „verlorenen Paradies“²¹ durch CPG-Einstellungen zum Greifen nah scheint, sobald das Unternehmen neue Stellen ausschreibt, die Hoffnungen sich dann aber zerschlagen, wenn die jeweilige Person nicht zum Zug kommt. In den

20 Dieser Absatz beruht auf Interviews mit Arbeitslosenaktivisten in Oum Larayes und Redeyef, November 2016 sowie Interviews von 2015, die in Hamdi/Weipert-Fenner (2017) zitiert sind.

21 Interview Redeyef, 17 August 2015, zitiert in Hamdi/Weipert-Fenner 2017.

Gesprächen mit Aktivisten zeigte sich zudem, dass die Motivation zu protestieren mit länger werdender Wartezeit auf einen Job steigt. Einige Interviewte gingen soweit, dass eine hohe Wartedauer auch einen gestiegenen Anspruch auf eine Einstellung bedeuten würde. Dazu kommt eine Identitätskomponente: Personen, die nicht aus der Region stammten, verdienten die Anstellung nicht. Vielmehr wurde auf die Wurzeln der eigenen Familie in der Stadt und Region verwiesen, von denen sich ein Anspruch auf Arbeit ableiten ließe. Das Recht auf Arbeit werde aber auch weiterhin von Korruption und klientelistischen Netzwerken unterlaufen, betonten die Aktivisten. Bei der ersten Art der Begünstigung käme es zu direkten Zahlungen an denjenigen, der über die Vergabe von Jobs entscheidet. Bei der zweiten Art handelt es sich um längerfristige soziale Beziehungen, die in erster Linie über Clan- und Familienstrukturen Jobs an Mitglieder der Netzwerke verteilen. Bei der Korruption fühlen sich Arme ausgeschlossen, da sich nur Vermögende den Zugang zu Arbeit leisten können. Im Fall der Vergabe von Jobs über klientelistische Netzwerke werden gesellschaftliche Hierarchien reproduziert, da nur diejenigen mit guten sozialen Beziehungen Anstellung finden.²²

4.2 Protestformen, Mobilisierungsnetzwerke und das Wechselspiel mit der Politik

Die häufigste Form des Protests der unorganisierten Arbeitslosen sind Sit-ins. Proteste beginnen meist mit Demonstrationen und disruptiven Formen des Protests wie Blockaden von Straßen und Eisenbahnlinien. Diese breiten sich zum Teil über andere Städte und sogar über die gesamte Minenregion aus. In dieser Diffusion kommt es jedoch nicht zum Zusammenschluss oder zum Aufbau gemeinsamer Strukturen. Daher zerfallen diese Protestwellen bisher meist wieder, ohne dass sich neue Mobilisierungsnetzwerke bilden.²³ Oft verstetigen sich jedoch kleinteilige Proteste und werden zu Sit-ins, die über Monate dauern können. Aus eigener Beobachtung wurde ersichtlich, dass diese Proteste bei ihrer Verstetigung den disruptiven Charakter verlieren, wenn beispielsweise ein Zelt am Rand des Minenunternehmens aufgestellt wird oder eine bereits geschlossene Eisenbahnlinie symbolisch blockiert wird. Banner und Graffitis zieren die unmittelbare Umgebung des Zelts. Davon abgesehen könnte ein solcher Protest relativ leicht übersehen werden.

Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier Proteste schwelen, die stets das Potenzial tragen, beim kleinsten Auslöser wieder mehr Menschen anzuziehen, Protesttaktiken zu ändern und sich relativ schnell, spontan und ohne Organisation und direkte Kommunikation zu größeren Protesten zusammenzuschließen. Aufrufe zu Protest werden sowohl online über soziale Medien als auch offline über Bekannte und Verwandte

22 In Interviews im November 2016 wurden zum Teil Millionensummen genannt, die eine Anstellung in der CPG kosten würde. An der Höhe mögen durchaus Zweifel bestehen, da es fraglich ist, ob eine derart wohl betuchte Person an einem Job in einem Minenunternehmen interessiert sein könnte. Es verdeutlicht aber, wie der soziale Ausschluss interpretiert wird.

23 Dies bestätigt auch die Analyse der Arbeitslosenproteste im Januar 2016 von Prisca Jöst (2017).

verbreitet.²⁴ Dennoch zeigt die grundlegende Tendenz im Gafsa-Minenbecken, dass die Arbeitslosenproteste stark fragmentiert bleiben. Zentrale Protesteinheiten sind kleine Gruppen, deren Zusammengehörigkeit oft auf Verwandtschaft oder Nachbarschaft beruht, ohne Führung oder repräsentative Strukturen. Gerade Familien sind hierbei zentral. Zum einen mag dies daran liegen, dass es diese unmittelbaren sozialen Netzwerke sind, die die Lasten der ausbleibenden Integration der Arbeitslosen tragen und dass deren Belastbarkeit an ihre Grenzen stößt. Zum anderen leiten einige Aktivisten ihren Anspruch auf Arbeit in der CPG von der regionalen oder lokalen Verwurzelung ihrer Familie ab, wie oben erwähnt. Zudem reflektiert der kleine, eng begrenzte Kreis die Logik der Proteste, Jobs für die Beteiligten von der CPG herauszupressen: Je größer die Gruppe, umso unwahrscheinlicher für den einzelnen Beteiligten, selbst eine Anstellung zu bekommen.

Diese Protestlogik kann jedoch auch als Ergebnis politischen Handelns gesehen werden. Wie eingangs aufgeführt, war es nach den Protesten 2008 unter Ben Ali verstärkt zu Rekrutierungen mit dem alleinigen Ziel der Besänftigung von Protesten gekommen. Das staatliche Anreizsystem antwortete damit auf die Bedrohung durch öffentlichen Protest, indem durch die Verteilung von Konzessionen an einzelne Arbeitslose über die CPG kurzfristig Stabilität erzeugt wurde. Kosten eines echten Entwicklungsplans wurden damit gespart und der Anreiz, sich in größeren Gruppen oder gar Organisationen zusammenzutun, gesenkt. Weiterhin wurde „sozialer“ Protest belohnt, der sich auf einzelne konkrete Forderungen konzentrierte und keine weitergehenden politischen Forderungen stellte. Damit wurde die Kooperation mit politischen Akteuren oder NGOs erschwert.

Gerade im Bereich der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien zeigt sich eine auf den ersten Blick kontra-intuitive Entwicklung seit dem Sturz der Diktatur. Denn im Unterschied zu heutigen, isolierten Protesten hatten 2008 unorganisierte Arbeitslosenproteste, die bereits damals entlang von Familienstrukturen mobilisierten, mit politischen Parteien zusammengearbeitet: Mit der Tunesischen Kommunistischen Arbeiterpartei und der Partei *Harakat al-tajdid* („Erneuerungsbewegung“), der Union arbeitsloser Hochschulabsolventen (UDC) und NGOs wie der Tunesischen Vereinigung demokratischer Frauen (*Association tunisienne des femmes democrats*) und der Tunesischen Menschenrechtsliga (*Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme*). Allen voran ging die Kooperation mit lokalen Gewerkschaftern, v.a. der Lehrgewerkschaft. Ihr Vorsitzender, Adnan Hajji, wurde sogar zum inoffiziellen Führer des sechsmonatigen Aufstands.

Hajji sitzt heute als unabhängiger Abgeordneter im tunesischen Parlament. Auch er sieht die Situation als unverändert schlecht.²⁵ Versuche, in seiner neuen Position als Vermittler aufzutreten, scheiterten oft, weshalb er mittlerweile disruptive Formen des Protests ablehnt.²⁶ Aber auch andere Politiker haben keinen Einfluss auf die Arbeitslosenaktivisten, da allen voran Mitgliedern von Parteien rundweg misstraut wird. Ihnen

24 Gruppeninterviews mit Arbeitslosenaktivisten in Redeyef und Oum Larayes, November 2016.

25 Interview mit Adnan Hajji, Tunis, November 2014.

26 <http://www.realites.com.tn/2016/01/adnane-hajji-latteinte-aux-biens-publics-et-privs-constitue-une-ligne-rouge/>.

werden entweder Klientelpolitik oder Versuche unterstellt, die Arbeitslosen für die Kompensation der eigenen Schwäche und zum Zwecke des Machtausbaus zu instrumentalisieren.²⁷ Dies gilt auch für die Parteien mit denen 2008 noch zusammengearbeitet wurde.²⁸ Von staatlichen Vertretern auf lokaler und regionaler Ebene sind die Aktivisten hingegen eher enttäuscht. Sie werden als abwesend und inaktiv wahrgenommen: Dies drückt sich für sie beispielsweise in der schlechten Infrastruktur und der miserablen Gesundheitsversorgung aus, die Menschen mit schweren Krankheitsfällen dazu bringt, lieber in den mehrere Autostunden entfernten Städten Sfax oder Tunis Behandlung zu suchen. Sinnbild für den abwesenden Staat ist der für die Vermittlung zwischen Gouverneur und Subregion zuständige Staatsbedienstete, der sogenannte „Delegierte“, der tatsächlich nicht einmal vor Ort ansässig ist. Es findet also keine Vermittlung zwischen lokalen Problemen und nationaler Politik statt, weder durch Parlamentarier, Parteipolitiker noch Verwaltungsorgane. Dies erklärt, warum einzelne Protestgruppen sich nur noch direkt an die Regierung wenden. Die einzelnen Gespräche von Premierministern oder zuständigen Ministern mit Arbeitslosengruppen werden als Erfolg verbucht und daher als weiter zu verfolgende Strategie gesehen. Dabei geht es jedoch, wie bereits erwähnt, nur um die Vergabe von einzelnen Jobs an Protestierende, nicht um größere politische Forderungen wie etwa nach regionalen Programmen zur Entwicklung oder Dezentralisierung. Jenseits der ad hoc und willkürlich stattfindenden Verhandlungen mit einzelnen Gruppen findet sich kaum politische Responsivität. Die beiden wichtigsten Parteien der aktuellen Koalition, die säkulare Partei Nidaa Tunis und die moderate islamistische Ennahda-Partei, haben zwar regionale Entwicklungsprogramme gefordert und angekündigt, zur tatsächlichen Umsetzung oder auch nur zur Präsentation von Ideen zu nachhaltiger Entwicklung ist es bisher nicht gekommen. Diverse Premierminister und Präsident Essebsi antworten offiziell auf die Proteste mit wiederkehrenden Aufrufen an die Arbeitslosen, Geduld zu haben, da ihre Probleme sich nicht von heute auf morgen lösen ließen. Gleichzeitig bringt gerade Essebsi deren Proteste immer wieder als Gefahr für die innere Sicherheit ins Spiel: entweder weil sie die öffentliche Ordnung direkt gefährdeten, oder weil sie Terroristen (gemeint sind islamistische Terroristen) die Möglichkeit böten, sich unter die Protestierenden zu mischen (Marzouki 2015). Letztere Anschuldigung entbehrt – zumindest bisher – jeglicher realer Grundlage, insbesondere da selbst die moderate islamistische Partei Ennahda bei den Protesten keinerlei Rolle spielt.

Die Analyse am Beispiel einer der Protesthochburgen Tunesiens hat gezeigt: Auf lokaler Ebene werden Emotionen wie Wut und Enttäuschung über eine in mehrfacher Hinsicht als ungerecht empfundene Situation noch verstärkt durch die kollektive Erinnerung an goldene Zeiten, als die Anstellung im lokalen Minenunternehmen soziale Sicherheit brachte. Diese Spannungen entladen sich vor allem dann, wenn der Zugang zur staatlichen Einstellung bei Ausschreibungen greifbar scheint, aber durch Klientelismus und Korruption einerseits und durch die schlichtweg mangelnde Anzahl an verfügbaren Jobs andererseits versperrt bleibt.

27 Interviews mit Aktivisten in Redeyef und Oum Larayes, November 2016.

28 Darunter fällt auch das in Wahlen relativ erfolgreiche linke Parteienbündnis Front Populaire, in dem die kommunistische Arbeiterpartei aufging, und deren Parteichef Hama Hammami das Bündnis anführt.

Nach größeren Protesten verstetigen sich oft sehr kleine Sit-ins und Blockaden, die ihren disruptiven Charakter auf den ersten Blick verlieren. Tatsächlich führen sie zu einer verstetigten Grundmobilisierung, die jederzeit schnell zu größeren Protestwellen anschwellen kann. Weiterhin wurde klar, dass politische Vermittlung über Parteien, Parlamentarier oder die lokale und regionale Verwaltung entweder nicht funktioniert oder von den Arbeitslosen aus Misstrauen abgelehnt wird. Die bisherigen Regierungen haben in erster Linie mit der vereinzelt Vergabe von Arbeitsplätzen an kleine Protestgruppen reagiert und damit Anreize für weitere Fragmentierung geschaffen. Da die Proteste in der Menge jedoch zunehmen und kleine Auslöser reichen, dass sich Proteste regional oder gar national ausweiten, scheint dies bereits kurzfristig keine weiterführende Strategie. Angesichts der Unfähigkeit politischer Akteure, die Nöte der Arbeitslosen aufzugreifen, in den politischen Prozess zu bringen und dort konstruktiv zu behandeln, werden im Folgenden die beiden wichtigsten zivilgesellschaftlichen Akteure näher betrachtet, die früher in Gafsa eine wichtige Rolle für die Arbeitslosen spielten und potenziell als Vermittler auftreten könnten.

5. Zivilgesellschaftliche Akteure: Wer kann die Proteste beruhigen?

Die Regierungen haben bisher das alte Spiel von Ben Ali fortgesetzt: so haben bei massiver Mobilisierung Premierminister oder zuständige Minister mit einzelnen Protestgruppen verhandelt und Versprechen abgegeben, die nur zum Teil umgesetzt wurden (Hibou 2015: 340). Damit haben sie aber genau jene Entwicklung der Fragmentierung der Arbeitslosenbewegung befördert, die die Herausbildung von Organisationsstrukturen unattraktiv erscheinen lässt. Somit kam es zwar auch nicht zu weitergehenden politischen Forderungen, mit denen sich die Regierenden hätten auseinandersetzen müssen, aber gleichzeitig haben diese Entwicklungen auch zu einer Protestdynamik und -vehemenz geführt, die kein organisierter Akteur kontrollieren kann. In diesem Abschnitt geht es darum, wieso auch die beiden zivilgesellschaftlichen Organisationen keinen Einfluss haben, die dazu am ehesten in der Lage wären: die einzige landesweit aktive Arbeitslosenorganisation, die Union der arbeitslosen Hochschulabsolventen (*Union des diplômés chômeurs*, UDC) und der Gewerkschaftsdachverband UGTT. Beide Organisationen haben auf lokaler Ebene Vertretungen in Gafsa, die während des Aufstands von 2008 auch mit den Protestierenden aktiv kooperierten. Warum die Zusammenarbeit nicht weiter stattfindet, und welche weiteren Probleme sich mit dem Wegfall des gemeinsamen Gegners, des autokratischen Regimes, zeigten, erklären die folgenden Abschnitte.

5.1 Zu schwach, zu „politisiert“: die Union arbeitsloser Hochschulabsolventen

Die Union der arbeitslosen Hochschulabsolventen (UDC) hätte das organisatorische und personelle Potenzial, eine Repräsentantin der marginalisierten „Jugend“ zu sein. Vergleicht man die Mobilisierung unorganisierter Arbeitslose, die sowohl von Personen mit Hochschulabschluss als auch ohne durchgeführt werden, mit der der UDC, so zeigen sich zahlreiche Parallelen und Überschneidungen. Die UDC vertritt nichts grundlegend anderes, sondern eher eine auf die Probleme der Universitätsabsolventen zugeschnittene Interpretation der Probleme und entsprechende Lösungsvorschläge. Warum es trotz dieser Parallelen und Überschneidungen der UDC nicht gelingt, als Vermittler auch für unorganisierte Arbeitslose zu fungieren, zeigt die folgende Untersuchung.

Die Union arbeitsloser Hochschulabsolventen wurde 2006 von ehemaligen Aktivisten des tunesischen Studentenverbands (*Union générale des étudiants de Tunisie*, UGET) gegründet. Auslöser war ein Sit-in, den die Hochschulabsolventen, die seit Verlassen der Universität keine Arbeitsstelle gefunden hatten, vor dem Innenministerium veranstalteten. Als ihnen jegliches Gespräch verweigert wurde, gründeten sie ihren eigenen Verband. Die UDC begann mit wenigen hundert Aktivisten und drei Büros: neben Tunis in Jendouba, Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements, und in Redeyef in Gafsa. Damit ging die UDC von Anfang an in die marginalisierten Regionen und war bereits 2008 an der Gafsa-Revolution beteiligt. Zusammen mit dem Gewerkschaftsverband UGTT unterstützte sie den Aufstand organisatorisch, nahm jedoch keine führende Rolle ein. Dafür wurde der Aufstand durch den Leitspruch der UDC geprägt: „*shughl, hurriya, karama wataniyya*“ – Arbeit, Freiheit, nationale Würde. Diesen griff auch die Revolution 2010/2011 auf.

Erst nach dem Sturz Ben Alis konnte sich die UDC offiziell registrieren und offen auftreten. Davor war sie, wie die meisten zivilgesellschaftlichen Akteure, die Kritik am bestehenden Regime äußerten, auf die Unterstützung des Gewerkschaftsdachverbands angewiesen. Im Fall der Union der arbeitslosen Hochschulabsolventen geht die Verbindung jedoch weiter: Ebenso wie die Studentenunion UGET zeichnet sich auch die UDC durch eine klar linkspolitische Orientierung aus. Der Eintritt in die Gewerkschaft gilt als logische Fortsetzung von Aktivismus innerhalb eines Lagers und die UDC damit als Brücke von Studenten- zu Arbeiteraktivismus.²⁹ Diese linkspolitische Verortung wird von unorganisierten Arbeitslosen als Begründung angeführt, warum ein Beitritt oder eine Kooperation mit der UDC abgelehnt wird: jegliches „politisiertes Engagement“ wird vermieden und als Klientelpolitik delegitimiert.

Nach dem Jahr 2011 stieg die Mitgliederzahl der UDC auf 16.000, wovon etwa 2000-3000 aktive Mitglieder sind.³⁰ In jedem Gouvernement hat die UDC ein Regionalbüro und etwa 70 lokale Büros landesweit. In einem gemeinsamen Ausschuss versuchen Exekutivbüro und regionale Einheiten ihre Positionen und Aktionen zu koordinieren. Tatsächlich

29 Dies wird sowohl von Mitgliedern dieser Organisationen so gesehen als auch vom politischen Gegner Ennahda (Interview mit Führer des Studentenverbands der Ennahda-Partei, Tunis, März 2015).

30 Interview mit dem damaligen Generalsekretär der UDC, Salam al-Ayari, Tunis, März 2015.

agieren die lokale und regionale Ebene weitestgehend autonom voneinander. 2013 wählte die UDC einen Vorstand, das Exekutivbüro, und den langjährigen informellen Vorsitzenden Salam al-Ayari zum Generalsekretär.³¹ Mit gestiegenen Mitgliedszahlen und geografischer Ausbreitung nahmen auch die Aktivitäten zu. In einer Analyse von nationalen und regionalen UDC-Seiten auf Facebook, dem Hauptkommunikationsorgan der Union nach der Revolution, haben wir sämtliche Proteste und Deklarationen zwischen September 2011 (als die UDC in breitem Maße begann, Facebook zu nutzen) und Juni 2015 systematisch erfasst und nach Forderungen und Protestformen kategorisiert. Über ein Drittel aller Aktivitäten seit 2011 fand demzufolge in der ersten Jahreshälfte 2015 statt. Die vorgebrachten Forderungen betrafen vorwiegend zum einen die Themen Beschäftigung und Entwicklung und zum anderen die Einstellungsverfahren im öffentlichen Dienst. Ab Ende 2013 wird der Protest, der sich gegen den staatlichen Umgang mit Protest – Repression oder Ignorieren – richtet, immer wichtiger.

Das Recht auf Arbeit, das von den Aktivisteneingefordert wird, wird in erster Linie als das Recht auf Einstellung im öffentlichen Dienst verstanden. Dieser Anspruch wird in der Forschung oft als Überbleibsel des Gesellschaftsvertrags des autoritären Regimes (Hertog 2016) oder „authoritarian bargain“ (Desai et al. 2009) gesehen, gemäß dem politische Loyalität im Fall von Hochschulabsolventen gegen staatliche Einstellung samt damit verbundenen sozioökonomischen Privilegien getauscht wurde. Ob die Arbeitslosenaktivisten tatsächlich bereit wären, ihre neu gewonnenen politischen Freiheiten gegen alte sozioökonomische Sicherheiten zu handeln, ist äußerst fraglich. Sicher ist jedoch, dass sie einen wirtschaftlich aktiveren Staat wollen, der selbst Jobs schafft. Damit decken sich die Forderungen mit denen der unorganisierten Arbeitslosenaktivisten, die ebenfalls weitgehend eine Anstellung im öffentlichen Sektor oder öffentlichen Dienst, je nach Bildungsgrad, anstreben.

Eine weitere Forderung, die wie bei den unorganisierten Protesten stark mobilisierend nach innen wirkt, dreht sich um die Einstellungsverfahren, jedoch geht es bei den Akademikerinnen und Akademikern in erster Linie um das System der *concours*. Hierbei handelt es sich um zentrale Prüfungen, über die Arbeitsplätze – der Idee nach – an die qualifiziertesten Bewerber gehen sollen. Tatsächlich wird das System als extrem korrupt gesehen. Zudem würden politische Seilschaften dazu führen, dass Parteiklientel bevorzugt würde. Als wichtigstes Beispiel wird hier die Einstellung von angeblich 18.000 Ennahda-Anhängern bei der Amtsübernahme der Ennahda-geführten Troika-Regierung aufgeführt. Weiterhin werden aus Sicht der Aktivisten viel zu wenige Arbeitsplätze über die *concours* verteilt, sodass bei sauberen Verfahren nur minimale Chancen auf Erfolg bestünden.³²

Bei genauerer Betrachtung zeigte sich innerhalb der UDC ein Unterschied zwischen lokaler und nationaler Ebene. Viele Protestaktionen lokaler Büros, gerade diejenigen, die zu drastischeren Formen wie dem Hungerstreik greifen, folgen eher der Protestlogik der unorganisierten Arbeitslosenaktivisten, also dass Protestierende Arbeit für sich persönlich

31 2017 soll der nächste Wahlkongress stattfinden.

32 Interviews, Gruppendiskussionen mit UDC-Aktivisten, Tunis, März 2015.

fordern.³³ Auf nationaler Ebene kritisiert die UDC eben jene Strategie der Regierenden, die nur einstellen, um zu beruhigen oder gerade für Akademiker neue Institutionen schaffen, die das Warten auf Arbeit verdecken, wie etwa Berufsbildungs- und Praktikaprogramme.³⁴ Gleichzeitig sieht sich der nationale Vorstand in der Pflicht, lokalen und regionalen Protesten der UDC Unterstützung zukommen zu lassen.³⁵ Gerade autonome lokale Aktionen werden von Politik und Behörden ausgesessen, wogegen die nationale Ebene immer wieder versucht, durch Solidaritätsbekundungen und -aktionen mediale Aufmerksamkeit zu generieren, die zumindest aus Sicht der Aktivisten stark abgenommen hat. Dies verdeutlicht der Trend bei den UDC-Forderungen, in zunehmendem Maße gegen das staatliche Ignorieren von Arbeitslosenprotesten zu mobilisieren. So zeigt sich auch hier eine Parallele zu den unorganisierten Protesten, die gegen den andauernden Wartezustand auf Verbesserung rebellieren.

Aufgrund ihres Fokus auf arbeitslose Universitätsabsolventen spielt das Thema Bildung in der UDC eine besondere Rolle. In Interviews betonten Mitglieder des nationalen Exekutivbüros die schlechte Qualität der Bildung, die selbst Hochschulabsolventen nicht für den Arbeitsmarkt befähige. In auffälliger Weise spielt dieses Thema in den tatsächlichen Aktivitäten der UDC keine Rolle. Dies mag an der fehlenden Anschlussfähigkeit an die Probleme breiterer Bevölkerungsschichten liegen, die dem Verständnis für oder gar der Unterstützung von UDC-Aktivitäten abträglich sein könnten. Allerdings sind Gewerkschaften gerade im Bildungssektor innerhalb der UGTT extrem protestaffin, sodass hier ein Kooperationspartner vorhanden wäre, ebenso wie die UGET, die Studentenunion, aus dem die UDC entstanden ist. Tatsächlich weist diese Beobachtung auf generelle Probleme in den Mobilisierungsstrukturen hin. Unter der Diktatur Ben Alis war der Zusammenhalt unter den Organisationen größer. Mit dem Wegfall des gemeinsamen Gegners agieren also nicht nur unorganisierte, sondern auch organisierte Arbeitslose autonomer. Zwar profitiert die Arbeitslosenorganisation immer noch von der Unterstützung des Gewerkschaftsverbands: Hungerstreiks beispielsweise finden oft in UGTT-Büros statt. Solidaritätsbekundungen für Aktionen der UDC sind ebenso normal. Andererseits ist auch die UDC von einem gewissen Misstrauen den Gewerkschaftern gegenüber geprägt und fürchtet, instrumentalisiert zu werden, um Druck auf die Politik durch Mobilisierung aufzubauen. Sobald die UGTT jedoch am Verhandlungstisch sitzt und mit den Regierenden verhandelt, fordert sie Lohn-erhöhungen für staatlich Bedienstete, sodass angesichts knapper Haushaltskassen kein Geld für die Schaffung neuer Jobs bliebe, so die UDC-Aktivistinnen. Dieser Interessenkonflikt spaltet und verstärkt das Gefühl, gegen die überstarke UGTT nicht ankommen zu können.³⁶ Damit hat die UDC eigentlich eine gewisse Distanz von der Gewerkschaft, was also genau

33 Analyse der Proteste auf der Basis von Facebook-Posts, und Interview mit UDC-Hungerstreikenden, Tunis, März 2015.

34 Interview mit Salam al-Ayari, Tunis, März 2015. Siehe dazu bereits Hafaïedh (2000). Für eine Übersicht dieser Programme siehe Angel-Urdinola et al. (2015: 71–73).

35 Interviews mit Mitgliedern des Exekutivbüros, März 2015.

36 Interviews, Gruppendiskussionen mit UDC-Aktivistinnen, Tunis, März 2015, Oktober 2016.

nicht einem starren politischen Lagerdenken entspricht, das die unorganisierten Arbeitslosen der UDC unterstellen und als Grund gegen eine Kooperation aufführen.

Tatsächlich herrscht ähnlich den unorganisierten Arbeitslosenaktivisten innerhalb der UDC ein starkes Misstrauen auch gegenüber politischen Akteuren. Bei den stärksten Parteien, Nidaa Tunis und Ennahda mag dies nicht verwundern, da beide Parteien im wirtschaftsliberalen Spektrum anzusiedeln sind. Bezüglich Ennahda kommt zudem die starke Ablehnung gegen islamistische Akteure im linken Lager hinzu. Aber auch gegenüber der linken Front Populaire (*jabha shaabiya*) herrscht ein Grundmisstrauen, für Parteiinteressen eingespannt zu werden, ohne dass die eigenen Forderungen berücksichtigt würden.³⁷ Trotz dieser Haltung wird die UDC von den im Gafsa-Minenbecken interviewten unorganisierten Arbeitslosen als politisiert wahrgenommen und deswegen auch die Kooperation mit der einzigen landesweit aktiven Organisation von Arbeitslosen abgelehnt. Die UDC würde nur die Interessen ihrer Mitglieder verfolgen, klagen sogar protestierende Arbeitslose mit Hochschuldiplom, die in die UDC eintreten und damit von deren Interessenvertretung profitieren könnten. Jedoch lässt die klare Verortung im linken Spektrum die UDC als „politisierten“ Akteur scheinen. Die Ablehnung der Kooperation mit „politisierten“ Akteuren kann als ein Ergebnis des oben dargelegten Wechselspiels aus Protest und selektiver staatlicher Vergabe von Jobs für „unpolitische“ Protestgruppen gesehen werden.

Gleichzeitig wird die UDC aber auch als zu schwach eingeschätzt, um tatsächlich etwas für die Arbeitslosen zu erreichen. Tatsächlich hat die UDC keine Ressourcen zu verteilen oder auch nur einen privilegierten Zugang zur Verteilung ebensolcher. Die bestehende Arbeitslosenhilfe in Tunesien (im Rahmen des sogenannten „Amal“-Programms, das erst nach der Revolution 2011 eingeführt wurde) beschränkt sich auf monatlich 200 Dinar (ca. 80 Euro) für ein Jahr allein für Hochschulabsolventen und ist damit keine nennenswerte Ressource. Damit bleibt als einzig greifbares Ziel der Arbeitslosen die Arbeitsstelle selbst. Ein weiterer Faktor, der die UDC schwächt, ist die innere Fragmentierung zwischen lokaler und nationaler Ebene. Statt auf mehreren Ebenen für die weiterreichenden Ziele der Organisation zu mobilisieren, funktioniert die UDC auf lokaler Ebene eher wie unorganisierte Arbeitslosenproteste, nur eben basierend auf bestehenden sozialen Netzwerken ehemaliger Studentenaktivisten. Der nationalen Ebene bleibt nur die Unterstützung lokaler Mobilisierung, was weiter Ressourcen bindet und die politische Durchsetzungskraft schwächt.

Damit zeigt sich ein Teufelskreis: Solange die UDC von jeglichen Entscheidungs- oder Verhandlungsprozessen ausgeschlossen bleibt, entfaltet sie keine weitere Anziehungskraft, die ihr wiederum zur nötigen Stärke verhelfen würde, um Druck aufzubauen und auf Integration zu bestehen. Nur eine Einbeziehung in eine Art von Dialogprozess könnte der nationalen Ebene helfen, die allgemeinen Forderungen durchzusetzen oder zumindest auf die politische Agenda zu setzen. Ohne signifikanten Einfluss auf die unorganisierten

37 Interviews, Gruppendiskussionen mit UDC-Aktivisten, Tunis, März 2015. Siehe auch Antonakis-Nashif (2016: 139).

Proteste zu haben, gibt es für die Regierenden hingegen kaum Anreize mit der UDC zu verhandeln, wenn diese im Gegenzug nicht dafür sorgen kann, die immer wieder aufflammenden Proteste zu verhindern oder zu beenden. Diese Schwäche ist aber auch Ergebnis mangelnden Vertrauens der UDC sowohl politischen Akteuren gegenüber als auch dem stärksten zivilgesellschaftlichen Akteur und historischen Partner, dem Gewerkschaftsdachverband UGTT. Dessen Rolle in den immer stärker aufkommenden Arbeitslosenprotesten ist jedoch auch ambivalent, wie im Folgenden dargelegt wird.

5.2 Die UGTT und Arbeitslosenproteste: die ambivalente Rolle des Gewerkschaftsdachverbands

Die UGTT gilt als einflussreich und unabhängig und damit als die große Ausnahme unter den Gewerkschaften in der arabischen Welt. Als Grundstein für diese besondere Bedeutung gilt die Beteiligung der Gewerkschaft am Unabhängigkeitskampf gegen die französische Kolonialherrschaft (Beinin 2016:12–15).³⁸ Diese starke politische Rolle behielt sie auch, als sich nach 2011 weitere Gewerkschaftsverbände gründen konnten, die bisher jedoch keine echte Konkurrenz für die UGTT darstellen.³⁹ Ihr altes Gewicht konnte die UGTT auch im politischen Transformationsprozess ab 2011 nutzen und ausbauen, als sie als Mediator half, diesen aus einer drohenden Sackgasse zu befreien. Dafür erhielt sie 2015 zusammen mit drei anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen des Nationalen Dialogquartetts den Friedensnobelpreis. Diese herausragende Stellung würde die UGTT dazu prädestinieren, den Arbeitslosen auch im politischen Feld mehr Gehör zu verschaffen.⁴⁰ Ein genauer Blick auf die UGTT zeigt jedoch vor allem die Spannungen, die die diversen Rollen des Gewerkschaftsdachverbands zusätzlich zu der des politischen Mediators mit sich bringen. Zum einen ist sie selbst Protestakteur in Form von Streiks, was in der öffentlichen Debatte oft dazu führt, dass sämtliche sozioökonomischen Proteste der UGTT zulasten gelegt werden. Tatsächlich ist die UGTT zwar auch Unterstützer von Protest von Arbeitslosen vor allem auf lokaler Ebene, aber gleichzeitig ist sie ebenso Protestgegner, vornehmlich auf regionaler und nationaler Führungsebene. Dies führt teilweise zu Vermittlungsversuchen zwischen Protestierenden und staatlichen Stellen, aber oft auch zu offener Ablehnung von Protest. Die Analyse zeigt, dass die UGTT weder zentrale Triebkraft hinter den explosionsartigen Protesten ist noch der soziale Friedensstifter sein kann. Dies liegt unter anderem an einer eher defensiven wirtschaftspolitischen Haltung seit 2011, die der inneren Heterogenität des Gewerkschaftsverbands geschuldet ist und zu einem Fokus auf die Verteidigung von

38 So wurde beispielsweise der ägyptische Gewerkschaftsdachverband erst nach dem Sturz der von den Briten unterstützten Monarchie durch den Präsidenten Gamal Abdel Nasser 1956 gegründet und konnte so von Anfang an vom Staat kontrolliert und kooptiert werden (vgl. Abdalla/Wolff 2016).

39 Für einen Überblick über die neuen Verbände siehe Bishara (2014: 5).

40 So zeigt die vergleichende Forschung zu Arbeitslosenbewegungen, dass trotz grundlegender Interessendifferenzen zwischen Gewerkschaften und Arbeitslosen die gewerkschaftliche Unterstützung ein zentraler Erklärungsfaktor für das Aufkommen und die Verbreitung von Arbeitslosenbewegungen ist. Für einen Überblick über diese Debatte siehe Weipert-Fenner und Wolff (2016).

Arbeiterinteressen führt. Letztere stehen zum Teil im Konflikt mit den Interessen von Arbeitslosen, was erklärt, warum die UGTT im Umgang mit der zunehmenden Arbeitslosenmobilisierung nicht der zentrale Akteur sein kann.

Die UGTT ist eine vor allem im öffentlichen Sektor verankerte Zentralgewerkschaft, die sich aus 24 Regionalbüros, 19 Sektoren und 21 Basisgewerkschaften zusammensetzt (Yousfi 2014: 320). Unter der Diktatur konnte die Herrschaftselite durch die Machtkonzentration an der Spitze die Gewerkschaft leichter kontrollieren, aber durch die Einheit hatte die UGTT auch genug politisches Gewicht, um Privilegien auszuhandeln und diese wiederum an ihre Mitglieder zu verteilen. Diese Kooptierung war ein Balanceakt. Zwei Mal überschätzte die UGTT ihre Macht und ging in offenen Widerstand gegen das Regime, was zu harter staatlicher Repression führte (Generalstreik 1978, „Brotunruhen“ 1984). Seitdem sah die nationale Führungsebene von öffentlicher Opposition ab, lokale Büros jedoch blieben autonom, wodurch die UGTT zu einer Art Schutzdach für sämtliche Oppositionelle wurde (Yousfi 2015: 56–57). Auch die internen Wahlen zum Vorstand, dem sogenannten „Exekutivbüro“, blieben frei und bis auf Ausnahmen den Gewerkschaftern überlassen, was der Gewerkschaftsführung Glaubwürdigkeit und Legitimität verlieh (Yousfi 2015: 169).

Trotz gewisser Spielräume war die UGTT mit den autoritären Herrschaftspraktiken verflochten. Während lokale UGTT-Büros zentrale Orte des Protests waren, war die regionale Ebene oft bereits Teil des Herrschaftssystems und wurde auch als solcher wahrgenommen (Beinin 2016: 103; Netterstrøm 2016: 384, 388, 393). Der bereits erwähnte Aufstand im Gafsa-Minenbecken 2008 verdeutlicht diese ambivalente Rolle Protesten gegenüber am besten: Der Protest von Arbeitslosen und deren Familien gegen korrupte Einstellungspraktiken beim Hauptarbeitgeber der Region, dem Phosphatminenunternehmen CPG, wurde von lokalen Gewerkschaftsaktivisten aus dem Bildungssektor unterstützt. Jener galt generell als besonders links und rebellisch, vor allem im Vergleich zu den Gewerkschaften der Minenarbeiter, die über Jahrzehnte Teil von Korruptions- und Klientelismuszusammenhängen geworden waren. Der konkrete Auslöser des Aufstands 2008 waren Manipulationen bei Neueinstellungen, in dem Fall durch den regionalen Leiter der UGTT, Ammara Abbassi, der zusätzlich Parlamentsabgeordneter der Regierungspartei war und sich über Jahrzehnte über informelle Netzwerke eine mächtige Position in der Gafsa-Minenregion aufgebaut hatte (Gobe 2010). Das Navigieren zwischen Kooperation mit und Widerstand gegen das Regime wurde auch bei den Massenprotesten 2010/2011 sichtbar: lange verhielt sich die nationale Leitung der UGTT neutral. Erst auf massiven Druck lokaler Kader gewährte sie den regionalen Einheiten das Recht, Streiks zu organisieren, rief aber gleichzeitig zur Zurückhaltung bei Protesten auf. Dies hielt Arbeiter jedoch nicht davon ab, Generalstreiks in Sfax und Tunis am 12. bzw. 14. Januar zu veranstalten, die die Revolution, die im Hinterland begonnen hatte, endgültig in die Küstenregionen und die Zentren der Macht brachten (Netterstrøm 2016: 394–395).

Nach der Revolution hielt die UGTT im Dezember 2011 ihren 22. Kongress ab, auf dem in erster Linie ein neuer Vorstand gewählt werden sollte. Eine Minderheit versprach sich mehr interne Demokratisierung und Dezentralisierung sowie eine stärkere Ausrichtung an sozioökonomischen Themen, insbesondere eine Diskussion von Alternativen zum bestehenden liberalen Wirtschaftsmodell. Tatsächlich setzte sich der Flügel durch, der

weniger auf interne Veränderung denn auf Konsens und gewerkschaftliche Einheit setzte, vor allem in der Konfrontation mit der mittlerweile regierenden islamistischen Ennahda-Partei. Zum neuen Generalsekretär wurde Hussain Abassi gewählt, der bereits seit 2007 Mitglied des Exekutivbüros gewesen war. Der bisherige Vorstand trat offen auf dem Kongress auf und entschuldigte sich zwar für die Unterstützung Ben Alis, die rückblickend als Fehler gesehen wurde. Weiter ging die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit unter der Diktatur jedoch nicht (Yousfi 2015: 152–184). Diese Konsensorientierung innerhalb der UGTT ist auch weiterer Differenzen jenseits vertikaler Konfliktlinien geschuldet: Jene verlaufen entlang von Regionen (Sfax gegen Gafsa), Sektoren und Parteimitgliedschaft (Yousfi 2015: 171). Die innere Vielfalt hat sich zudem noch verstärkt, als nach 2011 die Mitgliederzahlen um 200.000 auf über 750.000 anstiegen (Beinin 2016: 126). Um die innere Heterogenität durch die gemeinsame Identität als Gewerkschafter zu überdecken, etablierte sich der Verhaltenskodex, über Parteien oder politische Präferenzen nicht offen zu sprechen. Zudem wurde stets aus Angst vor der Instrumentalisierung durch Politiker Distanz zu allen politischen Parteien betont (Yousfi 2015: 159).

Es ist schwer einzuschätzen, inwieweit die UGTT durch die Neutralisierung von politischen Positionen nach innen die Chance vergibt, eine klarere politische Agenda zu definieren und durch ihr großes politisches Gewicht auch durchzusetzen. Denn gerade die Mediator-Rolle im politischen Transformationsprozess ließ die Macht der UGTT erkennen, was gleichzeitig zur Frustration der Basis führte, bei ihren eigenen sozioökonomischen Belangen keine Durchsetzungserfolge zu sehen. In der Tat ist das wirtschaftspolitische Programm der UGTT nicht wirklich klar. Unter ihren Mitgliedern finden sich dezidierte Kritiker des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Forderungen nach der Annullierung von Wirtschaftsabkommen mit der EU und der USA wurden zwar beispielsweise auf dem Kongress 2011 gestellt, aber nicht verabschiedet. Schaut man sich den Verfassungsprozess an, den die UGTT als Teil des Nationalen Dialogquartetts in dessen Verfahren klar beeinflusst hat, so spielte die Gewerkschaft in der inhaltlichen Debatte keine besondere Rolle.⁴¹ Auch der *Transitional-Justice*-Prozess, in dem weltweit zum ersten Mal Wirtschaftsverbrechen als Tatbestand und sozioökonomisch marginalisierte Regionen als potenzielle Opfer definiert wurden, wurde nicht durch die UGTT im Bereich sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte erweitert (vgl. Ottendörfer et al. 2017). Haupterrungenschaft seit 2011, auf die die UGTT Führung stets verweist, sind die Gehaltssteigerungen im öffentlichen Sektor.

Der Fokus auf eher spezifische Arbeiterinteressen zeigt sich auch daran, dass die UGTT auf nationaler Ebene als Protestakteur nur wenige Male in Erscheinung trat. Dabei wurden landesweite Generalstreiks fast ausschließlich aus politischen Gründen angekündigt oder abgehalten: im Dezember 2012, nach gewaltsamen Übergriffen von Islamisten auf den Gewerkschaftssitz der UGTT in Tunis und im Februar und Juli 2013 nach den Attentaten

41 Für einen Vergleich des UGTT-Verfassungsentwurfs von 2011 mit der Verfassung 2014 siehe Karray (2016).

auf die linken Politiker Chokri Belaïd und Mohamed Brahmi.⁴² Aus sozioökonomischen Gründen drohte der Gewerkschaftsdachverband nur im November 2016 mit einem Generalstreik, als Premierminister Chahed zur Konsolidierung des Haushalts eine zwei-jährige Nullrunde für die Angestellten des öffentlichen Diensts forderte. In letzter Minute lenkte die Regierung ein und der Streik wurde abgesagt.⁴³ Die meisten Streikaktivitäten gingen von lokaler und regionaler Ebene sowie von einzelnen Sektorengewerkschaften aus. Besonders streikaktiv waren die Sektoren Bildung, Gesundheit und Transport. Im Zentrum der Streiks stand die Verbesserung der konkreten Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen. Übergreifende Reformen wie etwa die des Arbeitsrechts oder die Anhebung des nationalen Mindestlohns standen nicht zur Debatte.⁴⁴ Die Verteidigung von Arbeiterrechten im politischen Diskurs übernimmt die nationale Führung, wie etwa bei der Reform des Renteneintrittsalters.

In zahlreichen Medien wird die UGTT aufgrund der Streiks oft als Blockierer dargestellt, der für die Forderungen der eigenen Klientel das Wohl der Nation gefährde. Angesichts der schwierigen Haushaltslage sei es unverantwortlich für weitere Gehaltserhöhungen zu kämpfen und dafür das Land immer wieder lahmzulegen und damit der Wirtschaft weiteren Schaden zuzufügen (Benoit-Lavelle 2016; Bourial 2016). Dieses Bild bedarf jedoch einer genauen Differenzierung: Dass die Kosten für den öffentlichen Sektor auf fast 50% des Budgets gestiegen sind,⁴⁵ liegt insbesondere an den zahlreichen Neueinstellungen, die die Regierungen seit 2011 mit zumeist nicht bedarfsorientierter Rekrutierung durchgeführt haben, um Protest von Arbeitslosen zu beruhigen. Dies wird von der UGTT selbst kritisiert: „Beschäftigung nicht ohne Entwicklung“, forderte beispielsweise der Generalsekretär der UGTT Gafsa im Interview.⁴⁶ Dies verdeutlicht auch die erste Trennlinie zwischen UGTT und der Arbeitslosenbewegung. Dadurch dass beide, UGTT und Arbeitslose, auf den

42 <http://www.kapitalis.com/politique/13256-tunisie-l-ugtt-decidee-a-maintenir-la-greve-generale-jeudi-prochain.html>;
<http://www.tunisienumerique.com/tunisie-urgentlugtt-decrete-la-greve-generale-pour-demain/164332>;
<http://directinfo.webmanagercenter.com/2013/07/25/tunisie-assassinat-mohamed-brahmi-lugtt-decrete-une-greve-generale-vendredi/>.

43 <http://www.afriqueexpansion.com/fil-de-presse/3593-le-syndicat-tunisien-ugtt-annule-la-greve-generale-prevue-le-8-decembre.html>.

44 Siehe die Ausführungen des Sozialministers im Juni 2016 unter: <http://www.babnet.net/cadredetail-127274.asp>. Dasselbe Bild ergab sich bereits in den Daten des Sozialministeriums für die Jahre 2012–2014, zu denen den Autoren der Ministerialbericht vorlag. Für die Jahre 2015 und 2016 konnte nur die Medienberichterstattung über die Zahlen des Sozialministeriums genutzt werden. Zusätzlich dazu wurde als Stichprobe eine Übersicht zu Streiks im ersten Halbjahr 2014 genutzt, die den Autoren von der UGTT zur Verfügung gestellt wurde. Auffällig hierbei war lediglich im Privatsektor die wiederkehrende Einforderung des Rechts auf Gewerkschaftsgründung, jedoch auch jeweils auf die eigene Firma oder Sektor bezogen und nicht als übergreifende Forderung.

45 <http://www.worldbank.org/en/country/tunisia/publication/economic-outlook-spring-2016>.

46 Interview mit dem UGTT-Generalsekretär der Region Gafsa, Oktober 2016; ähnlich äußerten sich der UGTT-Generalsekretär der Region Gabes und ein Mitglied des nationalen Exekutivbüros im November 2014.

öffentlichen Sektor ausgerichtet sind, konkurrieren sie auch um denselben Teil des begrenzten Staatshaushalts.

Dieser grundlegende Konflikt wird zudem verschärft durch die zunehmenden Blockade-Strategien der Protestakteure. Diese disruptiven Proteste trafen vor allem Arbeiter, so die Sicht der Gewerkschafter. Am Beispiel Gafsa wird dies deutlich: Nicht nur würden Arbeiter zum Teil am Betreten der Minen gehindert, sondern auch der Transport des Phosphats wäre durch das Sperren von Straßen und Eisenbahnlinien betroffen. Dies behindere sowohl die Gewinnung von Phosphat als auch die Weiterverarbeitung, die in den Regionen Sfax und Gabes stattfindet, wo aufgrund sinkender Produktivität auch die Boni für die Arbeiter gestrichen würden.⁴⁷ Trotzdem gibt es Unterstützung für die unorganisierten Proteste von Arbeitslosen von lokalen UGTT-Büros, auch gegen die explizite Ablehnung der regionalen oder nationalen Führungsebene.⁴⁸ Inwieweit das Exekutivbüro, der nationale Vorstand, tatsächlich die lokalen Einheiten kontrollieren will oder kann, ist dabei jedoch umstritten (Yousfi 2015: 208). Eine grundlegende strukturelle Reform, die die UGTT dezentralisieren und den regionalen und lokalen Büros auch formal mehr Autonomie geben würde, ist trotz diesbezüglicher Forderungen seitens lokaler Aktivisten bisher nicht erfolgt. In jedem Fall agieren lokale Gewerkschafter autonomer und identifizieren sich stärker mit den lokalen Problemen und speziell mit der Ausweglosigkeit, die die Protestierenden empfinden. Tatsächliche Triebkraft hinter den Protesten sind aber auch die lokalen UGTT-Vertreter nicht. Ob sie in der Lage wären, die Proteste zu stoppen, ist zudem fraglich. Zumindest die nationale Ebene sieht ihren Einfluss auf die lokalen Proteste als minimal, da Vermittlungsversuche gescheitert seien.⁴⁹

Somit lässt sich zusammenfassen, dass die UGTT als Protestakteur vor allem die Rechte ihrer Mitglieder verteidigt und dies eher sektoral und regional ausdifferenziert. Damit war sie bisher recht erfolgreich, was den bereits relativ privilegierten Status von Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Sektor festigte. Die UGTT forderte zwar von der Regierung, eine weitergehende Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik zu formulieren, entwickelte sich hier aber nicht zur politischen Gestaltungskraft trotz ihres Gewichts als Mediator im Transformationsprozess. Ob sie diese Rolle hätte einnehmen können oder sollen, ist jedoch sowohl von gewerkschaftskritischen Teilen der Gesellschaft und Politik als auch unter Gewerkschaftern selbst umstritten. In jedem Fall hat die aktuelle strategische Ausrichtung der UGTT dazu geführt, dass die Gewerkschaft nicht der soziale Akteur sein kann, der maßgeblich zur Beruhigung der Arbeitslosenproteste beitragen wird.

47 Interview mit dem UGTT-Vertreter der Region Gabes, November 2014, Gabes; Interview mit einem Mitglied des nationalen UGTT-Vorstands, November 2014, Tunis.

48 Interviews mit Chef des UGTT-Regionalbüros in Gafsa Stadt und dem lokalen Gewerkschaftsführer in der Stadt Redeyef der Region Gafsa, November 2016.

49 Interview mit Mitglied des UGTT-Exekutivbüros, November 2014, Tunis.

6. Ergebnisse und mögliche Auswege

Sozioökonomische Proteste haben in Tunesien in den letzten Jahren einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. 2015 waren sie die häufigsten aller Proteste und 2016 fanden sogar mehr sozioökonomische Proteste statt als insgesamt Proteste im Revolutionsjahr 2011. Gleichzeitig koppelten sie sich zeitlich von allen anderen Protesten ab. Die Protestanalyse ergab weiterhin, dass die Forderungen spezifischer wurden, was sich zum einen in der Häufung sektoraler Arbeiterstreiks ausdrückte. Zum anderen waren zunehmend unorganisierte und nicht vernetzte Protestakteure zu verzeichnen, insbesondere Arbeitslosenproteste junger Erwachsener, die in erster Linie die persönliche Einstellung beim Staat forderten. Ebenfalls konnte eine Entwicklung von eher friedlichen zu disruptiven Protesttaktiken beobachtet werden, was die potenzielle Sprengkraft der Proteste der letzten zwei Jahre verdeutlicht. Schließlich fand sich durchgängig eine Häufung der Proteste in den marginalisierten Kernregionen Tunesiens.

Diese Entwicklung sozioökonomischer Proteste lässt sich erstens durch die konstant schlechte Wirtschaftslage und die wachsende Unzufriedenheit erklären. So sind insbesondere gut ausgebildete junge Menschen, deren Arbeitslosigkeitsrate seit der Revolution um die 30% liegt, laut Arab Barometer besonders unzufrieden mit dem bisherigen Transformationsprozess. Dies drückte sich in den steigenden Protesten für Arbeit aus, die bereits 2012 deutlich zunahmen und 2016 die meisten Proteste ausmachten. Auch die unverändert schlechte Lage des marginalisierten Hinterlands führte zu wachsendem Unmut. Dies schlug sich in einem Anstieg der Proteste in den Inlandsregionen sowohl in absoluten Zahlen als auch im Vergleich zu den Küstenregionen nieder.

Ein zweiter Faktor, der den Anstieg der Arbeitslosenproteste erklären kann, ist die Einstellungspolitik des tunesischen Staates. Die Regierungen der letzten sechs Jahre haben mehr als 200.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geschaffen und damit versucht, auf die auf hohem Niveau stagnierende Arbeitslosigkeit zu reagieren. Dabei hat sich auch der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss im öffentlichen Sektor im Vergleich zum privaten Sektor erhöht. Die Regierung hat damit eine gewisse Bereitschaft gezeigt, aktiv etwas an der Situation der gut ausgebildeten Tunesierinnen und Tunesier zu verändern. Von dieser Bereitschaft wollen mehr Menschen profitieren und fordern nun – auch in Form von Protesten – von der Regierung ebenfalls Beschäftigung.

Die Entwicklung von sozioökonomischen Protesten ist auch Resultat verloren gegangener Hoffnung, dass die Demokratie zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage führen würde. Waren 2011 nur 17% der Ansicht, dass die Wirtschaft in einem demokratischen Regierungssystem schwach sei, stieg dieser Anteil laut des Arab Barometer bis 2015 auf 49% (Arab Barometer 2015). Mittlerweile wird die Demokratie also nicht mehr per se mit einer prosperierenden Wirtschaft gleichgesetzt. Somit ist auch das Vertrauen verschwunden, durch Massenproteste nicht nur einen politischen, sondern auch einen gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel herbeizuführen, der allen Bevölkerungsschichten ein Leben in Würde erlaubt. Unorganisierte Proteste, die für gruppenspezifische, konkrete wirtschaftliche Maßnahmen streiten, sind mittlerweile Normalität.

Doch wie kommt es zu den geballten Ausbrüchen sozioökonomischen Protests, wenn Protestgruppen immer kleiner werden und unabhängig voneinander agieren?

Die qualitative Fallstudie der Arbeitslosenmobilisierung hat dies am Beispiel einer der protestreichsten Gegenden Tunesiens untersucht, der Phosphatminenregion im Gouvernement Gafsa. Auch hier findet sich die zunehmende Fragmentierung der Proteste, die sich in Form kleinster sozialer Netzwerke, vornehmlich Familien oder Nachbarschaften, formieren. Die zentrale Forderung ist allein die Anstellung des Protestierenden beim staatlichen Minenunternehmen CPG. Dabei zeigte sich, dass die Fragmentierung das Ergebnis des jahrzehntelangen Wechselspiels von Politik und lokalem Protest ist. Seitdem das staatliche Minenunternehmen in den 1970er Jahren angehalten war, Arbeitskräfte und Wohlfahrtsleistungen zu reduzieren, wurde es für Schulabgänger und Hochschulabsolventen in der Region immer schwieriger, in den Arbeitsmarkt einzutreten. Adäquate Alternativen wurden weder im öffentlichen noch im Privatsektor geschaffen. Das Gesamtpaket aus Lohnarbeit und sozialer Sicherung, das die Anstellung bei der CPG bat, ist bis heute im kollektiven Gedächtnis fest verankert. Gleichzeitig erinnert die CPG an den Ressourcenreichtum der Region, von dem die Anwohner einen Anteil haben wollen, und an die Benachteiligung im Vergleich zu den Küstenregionen. Da strukturell die Regierungen vor und nach dem Sturz Ben Alis keine Entwicklungspläne für die Region Gafsa erfolgreich umsetzen, war und ist die politische Strategie, Stellen in der CPG (und angegliederten Tochterunternehmen) zu schaffen, wenn der Unmut zu groß wird – Stellen, die weithin als ineffizient und nicht nachhaltig angesehen werden. Damit wurde kurzfristige Stabilität eingekauft, aber gleichzeitig auch der Anreiz für eben jene sehr spezifischen Proteste geschaffen. Diese Proteste können zum Teil über Monate dauern und ihren disruptiven Charakter, mit dem sie meist beginnen, verlieren. Das Ergebnis ist jedoch eine dauerhafte Grundmobilisierung, die, wie die Proteste von 2016 verdeutlichten, nur eines kleinen Auslösers bedarf, um sich blitzschnell zu einer großen Protestwelle zusammenzuschließen. Deren Dynamik ist jedoch nur schwer zu kontrollieren, was sich bereits 2008 und 2010/2011 zeigte, als ihre politische Sprengkraft deutlich wurde.

Doch wer könnte auf diese Proteste beruhigend wirken, um deren Forderungen ins politische System zu lenken und dort Druck für nachhaltige Lösungen aufzubauen?

Auf diese Frage hin wurden die beiden zivilgesellschaftlichen Organisationen untersucht, die für die Arbeitslosen in Gafsa vor der Revolution noch Kooperationspartner waren und nach 2011 weitere Kapazitäten gewannen. Der erste potenzielle Kooperationspartner ist die Union arbeitsloser Hochschulabsolventen (UDC). Diese wuchs nach der Revolution hinsichtlich Mitglieder und landesweiter Büros stark und demokratisierte sich intern. Deren Generalsekretär war medial stark vertreten und hat die Kritik der nationalen UDC an der bisherigen Politik, am Bildungssystem und an den fehlenden Strategien für nachhaltige Arbeitsplatzschaffung sowie gegen korrupte und intransparente Einstellungsverfahren für den öffentlichen Dienst verkörpert. Das offensichtliche Unvermögen auf die unorganisierten Arbeitslosenproteste zu wirken erklärt sich aus internen und externen Gründen. Nach innen zeigt die UDC eine hohe Autonomie lokaler Büros, deren Mitglieder in ihren Strategien den unorganisierten Arbeitslosen stark ähneln, indem sie Arbeit für sich selbst in Hungerstreiks und langwierigen Sit-ins fordern. Viel Energie der UDC wird

dadurch absorbiert, Aufmerksamkeit für solche Aktionen zu erzeugen, um Druck aufzubauen und den Aktionen zum Erfolg zu verhelfen. Auch Protest gegen staatliche Repression gegen UDC-Mitglieder bindet Kräfte. Damit entsteht der Eindruck der Schwäche, der unorganisierte Arbeitslose mit Hochschuldiplom abschreckt, sich der UDC anzuschließen. Hinzu kommt die weitläufige Wahrnehmung der UDC als „politisiertem“ Akteur. Zwar ist die UDC klar dem linken Lager zivilgesellschaftlicher Organisationen zuzuordnen, aber gleichzeitig sind UDC-Mitglieder selbst extrem misstrauisch politischen Parteien gegenüber, sogar der klar linken *Front Populaire*. Die Angst, instrumentalisiert zu werden, herrscht sogar gegenüber dem tatsächlichen Kooperationspartner, dem Gewerkschaftsdachverband UGTT. Dies wiederum resultiert aus der ambivalenten Rolle der UGTT generell gegenüber der Arbeitslosenbewegung. Auch hier zeigt sich auf lokaler Ebene eine andere Dynamik als auf regionaler und nationaler. Vor Ort solidarisieren sich Gewerkschafter mit den Arbeitslosen, deren Ausweglosigkeit mitgeföhlt wird und deren dauerhafte und disruptive Proteste als deren einzig verfügbare Ressource als legitim erachtet werden, um Druck aufzubauen und eventuell diesen Zustand des ewigen Wartens zu verlassen. Anders verhalten sich die regionale und nationale Ebene der UGTT. Neben der allgemeinen Anerkennung des Grundproblems der hohen Jugendarbeitslosigkeit stehen sie den unorganisierten Arbeitslosenprotesten kritisch gegenüber, zumal die Blockade von Straßen und Eisenbahnlinien auch die Arbeiter selbst behindert – in Gafsa stören sie den Phosphatabbau und bringen ihn teilweise sogar zum Erliegen. Davon hängen weitere Arbeiter in der Produktionskette ab. Gleichzeitig bietet die UGTT aber keine klaren wirtschaftspolitischen Ziele an, die auch für die Arbeitslosen Lösungen versprechen würden. Die innere Heterogenität der UGTT, die nach der Revolution noch einmal zugenommen hat, scheint dies ebenso zu erschweren wie der politische Einfluss der UGTT durch das prinzipiell kooperative Verhältnis zu den bisherigen Regierungen. Zumindest die Arbeitslosenaktivisten sehen hier, dass die UGTT nur die Interessen ihrer Mitglieder, vor allem aus dem öffentlichen Sektor, vertritt und Lohnsteigerungen erreichen will, die aus knappen Staatskassen finanziert werden und dann wiederum nicht für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Wie können Auswege aus der verfahrenen Situation gefunden werden, um die noch junge tunesische Demokratie nicht weiter durch immer wieder aufflammende sozioökonomische Proteste zu destabilisieren?

Ein wichtiger Schritt wäre sicherlich, die massive Unzufriedenheit in inklusive Dialogprozesse umzulenken. Hierfür können die 2012 erfolgten Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband (*Union tunisienne de l'industrie, du commerce et de l'artisanat*, UTICA), dem Gewerkschaftsverband UGTT und der Regierung als Vorbild dienen, die im Abschluss eines sogenannten „Gesellschaftsvertrags“ am symbolträchtigen zweiten Jahrestag der Revolution, dem 14. Januar 2013, mündeten. Hier definierten die beteiligten Parteien die Grundprinzipien und Ziele in den Bereichen Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme, die in Arbeitsgruppen weiterentwickelt werden sollten. Weiterhin verständigte man sich darauf, die Verhandlungen in Form eines „Nationalen Rats für den

sozialen Dialog“ dauerhaft zu institutionalisieren.⁵⁰ Ähnliches wäre in einem breiteren Rahmen anzudenken, in dem Arbeitslose dauerhaft eingebunden wären und innerhalb dessen zentrale Fragen der sozioökonomischen Ordnung Tunesiens offen diskutiert würden. Statt der üblicherweise viel besprochenen Fragen, wie Investitionen aus dem Ausland angekurbelt werden könnten, müsste dies eine explizite Diskussion über das gewünschte Staatsengagement in der Wirtschaft beinhalten: Soll der Staat wieder stärker die Rolle des Arbeitgebers einnehmen oder sollten Lösungen eher darin bestehen, dass der Staat sich auf die Rolle des Regulators konzentriert? Da die Arbeitslosenmobilisierung die Einstellung beim Staat zur Forderung hat, müsste hierüber offen gesprochen werden. Auch Politiker müssten Farbe bekennen, ob und wie sie den öffentlichen Sektor weiterentwickeln wollen oder ob sie im Gegenzug (oder parallel dazu) den privaten Sektor dazu bringen können, mehr Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dies hieße konkret, dass auch eine Anstellung bei privaten Unternehmen eine soziale Absicherung und ein eigenständiges Leben und damit den Übergang von Adoleszenz zum autonomen Erwachsensein bietet. So könnte ein neuer Weg, den die Arbeitslosenproteste bisher nicht gefordert haben, geebnet werden, um den Wartezustand zu überwinden, was das eigentliche Kerninteresse der Arbeitslosenproteste darstellt. Im Moment bietet jedoch eben nur die öffentliche Anstellung einen Weg dahin. Hier müssten neben Lohn und konkreten Arbeitsbedingungen auch der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und ihr Umfang diskutiert werden, sodass die Anstellung im Privatsektor auch als Gesamtpaket attraktiv wird.

Für einen ernst gemeinten sozialen Dialog bräuchte es aber organisierte Akteure von Seiten der Arbeitslosen, die sprech- und durchsetzungsfähig sind, um nicht immer auf die Gewerkschaft UGTT bei Verhandlungen und Dialogforen angewiesen zu sein. Letzteres hat sich für die Arbeitslosen bereits als nicht zielführend erwiesen. Tatsächlich stünde im Moment nur die UDC zur Verfügung, die aber, wie der Report zeigte, von unorganisierten Arbeitslosen nicht als Repräsentantin gesehen wird. Die Frage wäre, welche Dynamik eine Integration der UDC als ersten Schritt auslösen würde. Würde dies als Stärke aufgenommen werden und mehr Arbeitslose dazu bringen, sich in der UDC zu organisieren? Oder würde sie als Vorbild dienen, in dem sie zeigt, dass sich die Bildung von Strukturen und Organisationen eher lohnt als in kleinsten Gruppen solange auszuharren, bis eventuell irgendein Job abfällt? Ob diese positiven Entwicklungen eintreten, hängt stark vom Willen der Politiker ab, durch Inklusion an Entscheidungsprozessen ein Stück Macht abzugeben – um im Gegenzug Menschen, die durch soziale und wirtschaftliche Missstände mobilisiert sind, soweit einzubinden, dass sie nicht mehr nur Proteste als Mittel der Artikulation und Verfolgung von Interessen wählen.

Ein zweiter großer Bereich, in dem Dialogprozesse extrem hilfreich wären, ist der der Regionen. Wie gezeigt, haben sich die Proteste eindeutig in Richtung des marginalisierten Inlands verschoben. Gleichzeitig sehen Protestakteure im Hinterland keine Vermittler von staatlicher Seite, die den Austausch zwischen lokalen Protesten und nationaler Politik

50 Das hierfür nötige Gesetz steckt jedoch seit 2014 im Parlament fest und wurde bis heute nicht beschlossen (Dahmani 2016).

ermöglichen könnten. Tatsächlich haben nach dem Jahr 2011 noch keine Wahlen auf der Ebene der Kommunen und Gouvernements stattgefunden, sodass hier zum Teil Eliten aus der Ben Ali-Zeit, oder neu ernannte, aber nicht gewählte, Personen Ämter einnehmen, die in vielen Fällen keine große Legitimität genießen. Die politische Dezentralisierung wäre also der erste Schritt, auch für einen sozialen Dialog auf regionaler Ebene, zwischen den Regionen und im Dialog zwischen Region und nationaler Regierung.

Zusammen mit der institutionellen Integration in Dialogforen sollten unmittelbare Maßnahmen für die Regionen verbunden werden, die längerfristige, nachhaltige Ziele verfolgen und gleichzeitig unmittelbar beruhigende Effekte haben könnten. So wurden beispielsweise bereits regionale Entwicklungsfonds geplant und zum Teil umgesetzt. Hier beklagten jedoch Arbeitslose, die versuchten, Fördergelder zur Gründung eigener Unternehmen zu erhalten, dass sich die aktuellen Regularien als extrem komplex und die Vergabeverfahren als korruptionsanfällig erwiesen hätten.⁵¹ Diese Verfahren transparent und zugänglich zu gestalten, wäre somit ein sinnvoller Schritt auch angesichts der offensichtlichen Nachfrage. Weiterhin hat der Report gezeigt, dass regionaler Ressourcenreichtum bei gleichzeitig schlechtem Lebensstandard zu besonderem Verdross führt. Die gelegentlich diskutierte regionale Beteiligung von ca. 25% an den Ressourcengewinnen könnte diesem Gefühl der Ausbeutung entgegenwirken, wenn sie weit sichtbar in nachhaltige Entwicklungsprozesse kanalisiert wird. Damit könnte der Aufbau von Grundinfrastruktur wie Straßen, Wasser und Strom finanziert werden, den tatsächlich ohnehin nur der Staat leisten können wird. Damit könnten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die die Regierungen seit 2011 de facto mit unwirtschaftlichen Stellen rund um Staatsunternehmen und dem öffentlichen Dienst verfolgen, sinnvoll eingesetzt, wenn auch nur kurzfristig.

Zu guter Letzt ist eine Reform der Einstellungsverfahren unerlässlich. Die bis heute vorherrschende Intransparenz öffnet Korruption und Klientelismus Tür und Tor. Und selbst in den Fällen, in denen die Jobvergabe regulär verläuft, ist die Glaubwürdigkeit und damit die Akzeptanz gegenüber negativen Entscheidungen niedrig. Daher sind Rekrutierungsprozesse immer wieder Auslöser von Arbeitslosenprotesten, seien sie nun organisiert oder unorganisiert und von Menschen mit oder ohne Hochschuldiplom durchgeführt. Um der (wahrgenommenen) Ungerechtigkeit beim Zugang zum Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, wäre es äußerst wichtig, die Verfahren so transparent wie möglich zu gestalten. Da der Vorwurf stets im Raum steht, dass diese von lokalen und regionalen Machtstrukturen in der Politik, den Behörden und der Gewerkschaft manipuliert werden, wäre eine Idee, Akteure aus anderen Regionen oder der nationalen Ebene oder etwa die Justiz einzubinden, um Machtmissbrauch und Vetternwirtschaft zu verhindern. Wichtig wäre es, einen Akteur zu integrieren, der im jeweiligen Kontext als vertrauenswürdig und unabhängig angesehen wird.

Reformen in diesem Bereich würden auch den politischen Willen zeigen, gegen klientelistische Strukturen vorgehen zu wollen. Davon ist bisher in der Politik nicht viel zu

51 Interviews mit unorganisierten Arbeitslosenaktivisten, Oum Larayes, November 2016. Die erheblichen bürokratischen Hürden bestätigte auch der lokale FTDES-Büroleiter in Redeyef, November 2016.

spüren. Statt alte Profiteure des vorherigen Regimes strafrechtlich zu belangen, versuchte die große Koalition von Nidaa Tunis und Ennahda ein Gesetz zur sogenannten „wirtschaftlichen und finanziellen Versöhnung“ (*projet de loi sur la réconciliation économique et financière*) auf den Weg zu bringen. Dieses zielte darauf, Geschäftsleuten, die mit Korruption unter Ben Ali ihren Reichtum erzielt oder vergrößert hatten, gegen eine Einmalzahlung Amnestie zu gewähren. Dies wurde auch als Versuch gesehen, den *Transitional-Justice*-Prozess in Tunesien zu behindern, bei dem auch Wirtschaftsverbrechen und Korruption in das Mandat der Wahrheitskommission einbezogen wurden (Salehi 2016). Statt Verbrechen aufzuklären und die Täter zur Verantwortung zu ziehen, sollten Selbstanzeigen und Kompensationszahlungen ein schneller, diskreter Weg sein, mit der Vergangenheit abzuschließen und aus dem Ben Ali-Regime vererbte Vermögens- und Eigentumsverhältnisse nicht in Zweifel zu ziehen. Die Kampagne „*Manich Msamah*“ („Ich verzeihe nichts“) mobilisierte öffentlich mit Unterstützung der Gewerkschaften gegen das Versöhnungsgesetz und hat bis dato dessen Verabschiedung verhindert.⁵² Dieses Gesetz gilt vielen als Beweis, dass die aktuelle Regierung an alten wie neuen korrupten und klientelistischen Netzwerken nichts ändern will. Diesem Eindruck muss durch klare Taten entgegengetreten werden. Die Reform der Einstellungsverfahren, die autokratische Eliten zur Stabilisierung der eigenen Herrschaft nutzten, könnten hier einen symbolisch wichtigen Beitrag leisten – und auch praktisch dazu führen, dass klientelistische Netzwerke bekämpft werden. Dies könnte wiederum helfen, die zunehmenden und unkontrollierbaren Protestwellen zu beruhigen, wie wir sie in den letzten Jahren beobachten und die mit einer wachsenden Skepsis gegenüber der Demokratie als Regierungsform einhergehen. Vor allem müsste dem Eindruck entgegengewirkt werden, dass sich abgesehen von freien Wahlen und größerer politischer Freiheiten nichts verändert hätte. Dabei ist, auch angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen durch den islamistischen Terrorismus, für die politische Stabilisierung der Demokratie in Tunesien der soziale Frieden unerlässlich. Nicht zuletzt dafür ist es für politische Akteure an der Zeit, der sozialen Frage in Tunesien vollste Aufmerksamkeit und Ressourcen zu widmen. Die verbreitete Position, dass die schlechte Wirtschaftslage dazu führen müsse, sozioökonomische Forderungen hintanzustellen, muss der Einsicht weichen, dass bereits inklusive Entscheidungsprozesse, Transparenz und Regelkonformität bei der Vergabe begrenzter Ressourcen einen Weg zum sozialen Frieden darstellen.

52 <http://nawaat.org/portail/2016/07/13/manich-msamah-appelle-a-reprendre-la-rue/>

Literatur

- Abdalla, Nadine/Wolff, Jonas* 2016: From Driver of Change to Marginalized Actor: Egypt's New Unionism from a Comparative Perspective, PRIF Working Paper No. 31, Frankfurt am Main.
- Aliriza, Fadi/Muashar, Marwan/Pierini, Marc* 2016: Capitalizing on Tunisia's Future. The Role of Broad-Based Reform, http://carnegieendowment.org/files/Full_Text.pdf.
- Allal, Amin* 2010: Réformes néolibérales, clientélismes et protestations en situation autoritaire, in: *Politique africaine* 117: 1, 107.
- Allal, Amin* 2013: Becoming Revolutionary in Tunisia, 2007-2011, in: Beinin, Joel/Vairel, Frédéric (Hg.): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*, Stanford, 185–204.
- Angel-Urdinola, Diego F./Nucifora, Antonio/Robalino, David* 2015: Labor Policy to Promote Good Jobs in Tunisia. Revisiting Labor Regulation, Social Security, and Active Labor Market Programs (Directions in Development – Human Development), Washington, DC.
- Antonakis-Nashif, Anna* 2016: Contested Transformation. Mobilized Publics in Tunisia Between Compliance and Protest, in: *Mediterranean Politics* 21:1, 128–149.
- Arab Barometer* 2011: Arab Barometer Survey Wave 2, <http://www.arabbarometer.org/content/arab-barometer-ii>.
- Arab Barometer* 2013: Arab Barometer Survey Wave 3, <http://www.arabbarometer.org/content/arab-barometer-iii-0>.
- Arab Barometer* 2015: Arab Barometer Survey Wave 4, bisher unveröffentlicht.
- Beinin, Joel* 2016: Workers and Thieves. Labor Movements and Popular Uprisings in Tunisia and Egypt, Stanford.
- Bellamine, Yassine* 2016: L'explosion du nombre des fonctionnaires sous la Troïka remise à l'ordre du jour par une étude de l'INS, *HuffPost Tunisie*, 29.7.2016, http://www.huffpostmaghreb.com/2016/07/28/fonctionnaires_0_n_11241612.html.
- Benoit-Lavelle, Mischa* 2016: Tunisia's Celebrated Labor Union Is Holding the Country Back, *Foreign Policy*, 20.7.2016, <http://foreignpolicy.com/2016/07/20/tunisia-celebrated-labor-union-is-holding-the-country-back/>
- Bishara, Dina* 2014: Labor Movements in Tunisia and Egypt. Drivers vs. Objects of Change in Transition from Authoritarian Rule (SWP Comments, Band 1), Berlin.
- Boubekeur, Amel* 2016: Islamists, Secularists and Old Regime Elites in Tunisia: Bargained Competition, in: *Mediterranean Politics* 21: 1, 107–127.
- Boughzala, Mongi* 2013: Youth Employment and Economic Transition in Tunisia, *Global Economy and Development Working Paper No. 57*.
- Bourial, Hatem* 2016: Jusqu'où ira l'UGTT, in: *Réalités*, 12.5.2016.
- Chomiak, Laryssa* 2011: The Making of a Revolution in Tunisia, in: *Middle East Law and Governance* 3, 68–83.

- Dahmani, Frida* 2016: Dialogue social tunisien: de l'urgence de s'entendre, Jeune Afrique, 9.11.2016, <http://www.jeuneafrique.com/mag/367547/economie/dialogue-social-tunisien-de-lurgence-de-sentendre/>.
- Desai, Raj/Olofsgard, Anders/Yousef, Tarek* 2009: The Logic of the Authoritarian Bargains, in: *Economics & Politics* 21: 1, 93–125.
- Dihstelhoff, Julius/Sold, Katrin* 2016: The Carthage Agreement under Scrutiny, <http://carnegieendowment.org/sada/66283>; 12.12.2016.
- ESCWA (Economic and Social Commission for Western Asia)* 2016: Survey of Economic and Social Developments in the Arab Region 2015–2016, <https://www.unescwa.org/sites/www.unescwa.org/files/publications/files/survey-economic-social-development-arab-region-2015-2016-english.pdf>.
- Gobe, Eric* 2010: The Gafsa Mining Basin between Riots and a Social Movement: Meaning and Significance of a Protest Movement in Ben Ali's Tunisia, <https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00557826>.
- Hafaïedh, Abdelwaheb* 2000: Trajectoires de Diplômés Chômeurs en Tunisie: L'Attente, l'Ailleurs, et la Conversion, in: Geisser, Vincent (Hg.): *Diplômés Maghrébins d'ici et d'ailleurs. Trajectoires Sociales et Itinéraires Migratoires*, Paris, 122–136.
- Hamdi, Samiha/Weipert-Fenner, Irene* 2017 (i.E.): *Unemployed Activism in Tunisia. A Comparative Study of the Union of Unemployed Graduates and Unemployed Mobilization in the Gafsa Mining Basin*, AUB Policy Institute Working Paper, Beirut.
- Hertog, Steffen* 2016: Late Populism: State Distributional Regimes and Economic Conflict after the Arab Uprisings, in: Lynch, Marc (Hg.): *From Mobilization to Counter Revolution*, Washington, DC, 12–17.
- Hibou, Béatrice* 2015: Le bassin minier de Gafsa en déshérence. Gouverner le mécontentement social en Tunisie, in: Bono, Irene/Hibou, Béatrice/Meddeb, Hamza/Tozy, Mohamed (Hg.): *L'État d'injustice au Maghreb. Maroc et Tunisie*, Paris, 301–343.
- ILO (International Labour Office)* 2012: Youth Employment and Migration. Country Brief: Tunisia, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---ed_emp_msu/documents/publication/wcms_219632.pdf.
- IMF (International Monetary Fund)* 2015: Tunisia, IMF Country Report No.15/285, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15285.pdf>.
- IMF (International Monetary Fund)* 2016a: World Economic Outlook Database 2016, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2016/02/weodata/index.aspx>.
- IMF (International Monetary Fund)* 2016b: Tunisia, IMF Country Report No. 16/138, https://www.imf.org/~media/Websites/IMF/Imported/external/pubs/ft/scr/2016/_cr16138pdf.ashx.
- INS (Institut national des statistiques)* 2012: Statistical Indicators on Tunisia. Edition 2012, http://beta.ins.tn/sites/default/files/publication/pdf/depliant_2012.pdf.
- INS (Institut national des statistiques)* 2015: Statistical Indicators on Tunisia. Edition 2015, <http://beta.ins.tn/sites/default/files/publication/pdf/de%CC%81pliant%20ang-2014.pdf>.

- ITCEQ* 2012: Institut Tunisien de la Compétitivité et des Etudes Quantitatives, <http://www.cgdr.nat.tn/upload/files/13.pdf>.
- Jöst, Prisca* 2017: Work, Freedom, Dignity – Once More? Contentious Politics, Emotions and Organizational Constraints in Tunisia since 2011, unveröffentlichte Masterarbeit, Universität Tübingen.
- Karray, Bassem* 2016: The Tunisian Labor Union and the Constitutional Transformation, unveröffentlichtes Konferenzpapier, Workshop “Socioeconomic Protests and Political Transformation in Egypt and Tunisia against the background of South American Experiences”, 28.10.2016, Sfax, Tunesien.
- Lesch, Ann* 2014: Troubled Political Transitions: Tunisia, Egypt and Libya, in: Middle East Policy Council 21: 1, 62–74.
- Mansuy, Michèle/Werquin, Patrick* 2015: Labour Market Entry in Tunisia: The Gender Gap, Work4Youth Publication Series No. 3, Geneva.
- Marzouki, Nadia* 2015: Tunisia's Rotten Compromise, in: Middle East Research and Information Project, <http://www.merip.org/mero/mero071015> (23.9.2016).
- Meddeb, Hamza* 2017: Peripheral Vision: How Europe Can Help Preserve Tunisia's Fragile Democracy (Policy Brief European Council on Foreign Affairs), http://www.ecfr.eu/publications/summary/peripheral_vision_how_europe_can_preserve_tunisia_democracy_7215.
- Muasher, Marwan/Pierini, Marc/Aliriza, Fadil* 2016: Capitalizing on Tunisia's Transition. The Role of Broad-Based Reform, Washington, DC.
- Netterström, Kasper L.* 2016: The Tunisian General Labor Union and the Advent of Democracy, in: The Middle East Journal 70: 3, 383–398.
- Ottendörfer, Eva/Salehi, Mariam/Weipert-Fenner, Irene/Wolff, Jonas* 2017: Labor Unions and Transitional Justice: An Exploratory Study on a Neglected Actor, in: Duthie, Roger/Seils, Paul (Hrsg.): Justice Mosaics: How Context Shapes Transitional Justice in Fractured Societies, New York, NY.
- Raleigh, Clionadh/Linke, Andrew/Hegre, Håvard/Karlsen, Joakim* 2010: Introducing ACLED-Armed Conflict Location and Event Data. Journal of Peace Research 47: 5, 1–10.
- Rijkers, Bob/Baghdadi, Leila/Raballand, Gael* 2015: Unveiling the Scale of Tax Fraud in Tunisia, <http://blogs.worldbank.org/arabvoices/did-arab-spring-democratize-corruption-tunisia>.
- Salehi, Mariam* 2016: Tunisia: Performing Justice in Difficult Times, <https://www.opendemocracy.net/arab-awakening/tunisia-performing-justice-in-difficult-times>.
- Singerman, Diane* 2007: The Economic Imperatives of Marriage: Emerging Practices and Identities among Youth in the Middle East (Working Paper, No. 6), Washington, DC, Dubai.

- Stanier, Carol/Hutchinson, James* 2010: A Sustainable Global Society. How Can Materials Chemistry Help? White paper from the Chemical Sciences and Society Summit (CS3) 2010, <https://www.makro.ch.tum.de/fileadmin/w00bmv/www/Mediathek/whitepaper-engl.pdf>.
- Weipert-Fenner, Irene/Wolff, Jonas* 2015: Socioeconomic Contention and Post-revolutionary Political Change in Egypt and Tunisia: A Research Agenda, PRIF Working Paper No. 24, Frankfurt am Main.
- Weipert-Fenner, Irene/Wolff, Jonas* 2016: Unemployed Movements in the Global South: The Cases of Argentina and Tunisia, PRIF Working Paper No. 32, Frankfurt am Main.
- Weslaty, Lilia* 2013: Nominations dans le secteur public: 87% pour la Troïka dont 93% en faveur des partisans d'Ennahdha, <https://nawaat.org/portail/2013/03/22/93-des-nominations-dans-le-secteur-public-ont-beneficie-a-des-partisans-dennahdha>.
- World Bank* 2014: Tunisia: Development Policy Review. The Unfinished Revolution. Bringing Opportunity, Good Jobs and Greater Wealth to All Tunisians.
- World Bank* 2015a: Consolidating Social Protection and Labor Policy in Tunisia. Building Systems, Connecting to Jobs (Policy Note, 103218-TN).
- World Bank* 2015b: Tariff Evasion among Elites in Tunisia Reached US\$1.2 Billion, <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2015/06/25/tariff-evasion-among-elites-in-tunisia-reached-us-1-2-billion-according-to-new-world-bank-report>.
- World Bank* 2016: Tunisia Economic Outlook. Fall 2016, <http://pubdocs.worldbank.org/en/831791475460801718/Tunisia-MEM-Fall-2016-ENG.pdf>.
- World Bank* 2017: World Development Indicators, <http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>.
- Yousfi, Hèla* 2014: The Tunisian Revolution: Narratives of the Tunisian General Labour Union, in: Sadiki, Larbi (Hg.): Routledge Handbook of the Arab Spring. Rethinking Democratization, London, 319–330.
- Yousfi, Hèla* 2015: L'UGTT, une Passion Tunisienne. Enquête sur les Syndicalistes en révolution 2011-2014, Tunis.